

SOZIALWERK

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäff. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.
Der Courser ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reskamationen an die Schriftleitung.

Nr. 7.

Berlin, den 18. Februar 1912.

16. Jahrg.

Die Lehren der Reichstagswahlziffern.

Es wird nachgerade Zeit, daß wir die berauschen- den Ziffern — 4 1/2 Millionen Wähler, 110 Mandate — einmal etwas genauer betrachten. Sonst be- kommen wir allmählich eine ganz schiefe und darum gefährliche Vorstellung von ihnen, die eben wir sorgfältig meiden sollten. Nichts ist in der prak- tischen Politik bedenklicher, als ein mechanisches Ope- rieren mit an sich wichtigen, imponierenden Zahlen. Schon einmal, vor neun Jahren, haben wir sie er- lebt, um nach vier Jahren zu unserem peinlichen Er- staunen einzusehen, daß große Ziffern ein recht schwankender Untergrund sind. Und die Wiederholung dieses schmerzhaften Erlebnisses möchten wir doch alle gern verhindern. Sehen wir also ruhigen Blickes und ohne vorgefaßte Meinung den Dingen ins Auge, wie sie nun einmal sind.

Grundlage aller Untersuchungen muß die Er- wägung sein, die auch das maßgebende Moment in der Wahlakt der sozialdemokratischen Parteileitung war: Daß uns um die Erringung parlamentarischer Einflüsse zu tun sein muß von der Auffassung, daß die Mandatzahl Nebenache, die Steige- rung der Stimmen Hauptache sei, hat der schwarz- blaue Blockreichtag ja wohl die übergroße Mehrzahl der Genossen kuriert; insofern wenigstens in diesem Punkte richtig wirkend. Vor allem wir Gewerkschaftler wünschen und müssen dringend wün- schen, daß die durch die Januarwahlen geschaffene po- litische und parlamentarische Lage gewahrt und bei allen künftigen Wahlen gesichert werde. Denn gerade wir, die wir ein gut Teil beizutragen haben zum Gelingen des Wertes, das ganz Deutschland, von den Heiligsten, Ritzern und einigen (mit verbissenen Scharf- machern abgesehen, sehnlichst erhofft hatte, wir for- dern nachdrücklich, daß man endlich in unserm, im Interesse der ganzen Arbeiterklasse von den Worten zu erfreulichen sozialen Taten übergegangen werde. Uns kann durchaus nicht gelegen sein an lediglicher Füllung der unergündlichen Tiefen des Reichspapierforbes. Wir erwarten, daß die mit unserer Hilfe geschaffene neue Parlamentmehrheit, vollbewußt der Opfer, denen sie ihre Existenz verdankt, und der großen Verantwortung, die sie vor allem für die Zukunft trägt, alles daran setzen wird, uns, das ganze Volk besseren Tagen entgegenzu- führen, als uns in den letzten Jahrzehnten befallen waren.

Wir haben aus dem gleichen Grunde auch ein- weilen keine Ursache, eine vorzeitige Auf- lösung des gegenwärtigen Reichstages, wie sie un- zweifelhaft von der reaktionären Sippe erstrebt wird, zu wünschen. Wir hoffen vielmehr, daß es dem Geschick und der Klugheit der Mehrheit gelingen möge, soweit es sich ohne Preisgabe von wirklichen Grundfähen erreichen läßt, trotz aller Hindernisse etwas Brauchbares zu schaffen, wir hoffen weiter, daß, wenn es bei irgend einem Anlaß den im Ge- heimem wirkenden finstern Mächten gelingen sollte, der Schöpfung des neunzehnhundertzwölften Januars den Garaus zu machen, die Parteien der Linken abermals einig und ihrer großen historischen Aufgabe bewußt in den Kampf treten und erneut die Dämonen Rückwärtserei und Verdummung in den Staub ringen, und wir hoffen endlich, daß man bei allem parlamentarischen Handeln diesen Zweck vor Augen haben möge.

Denn, wird von diesem Wege abgegangen, dann gehen wir gleichzeitig wieder einer Periode allerseits in der Reaktion entgegen, die das Volk um so schwerer treffen muß, als sie gekennzeichnet werden wird als die Zeit der Rache der heute Besiegten. Wie Junker und Jesu- iten Nebensache zu nehmen pflegen, wissen wir aus der Geschichte. Daß aber auch die Kleinste Ab- weichung von dem gegenwärtig als gut und not- wendig Erkannten verhängnisvoll werden kann und wird, das lehrt uns eine Prüfung der Reichstagswahlziffern.

Wenn die Sozialdemokratie heute ungefähr der Zahl ihrer Wähler entsprechend im Reichstage vertreten ist, so ist das bekanntlich zum Teil auf das Bündnis mit dem linken Flügel des Liberalismus, bei dem, von begreiflichen Maßnahmen abgesehen, in Würdigung aller Begleitumstände, der bürgerliche Verbündete so ziemlich seinen Verpflichtungen nach- gekommen ist, zurückzuführen. Aus eigener Kraft hätte es die Sozialdemokratie, zumal wenn der Fortschritt Anschluß nach rechts zu suchen ge- wungen gewesen wäre, vielleicht nur auf 80 bis 90 Mandate gebracht. Und der schwarz-blaue Block hätte fröhliche Nutzerstellung gefeiert und noch schamloser und dreister mit dem Volke Schind- licher spielen dürfen. Wir vergeben uns nichts, wenn wir gestehen, daß die Sozialdemokratie, die unsere Interessen in erster Linie und allein vertretende Partei, nur auf die eigenen Anhänger angewiesen, nicht die hohe Zahl der jetzigen Reichstagsmandate errungen hätte. Und die politische Verunsicherung, die in abseh- barer Zeit noch nicht allzu wesent- lich verschoben wird.

Woher das? Es liegt uns natürlich nichts ferner, als „Kanzumachen“, wie der beliebte Ausdruck derer lautet, die unangenehme Wahrheiten gern aus dem Wege gehen; wir huldigen vielmehr der Ansicht, daß nichts mehr belebt und zu intensiver Weiterarbeit anspornt, als ge- nauere Kenntnis der Dinge. Nicht der Streit mit der rechten Ueberzeugung und dem rechten Vorbedacht, der sich blindlings Augenblickeindrücken hingibt und bald himmelhoch jauchzt, bald zum Lobe betrübt ist, sondern derjenige, der aus den Lehren der Vergangenheit und den Tatsachen der Gegenwart seiner Kräfte Maß bestimmt und wissend aus Zukunftswert geht.

Wir errangen im ersten Wahlgange 64 Mandate. Gehören uns die für alle Zeiten? Sind sie „sicherer Besitz“? Nun, 1907 lehnte uns, daß selbst Kreise verloren gehen können, die uns vormals über 50 pCt. der Wahlberechtigten brachten. Das wollen wir ruhig als Usurpation er- scheinung ansehen, wie ja 1907 an sich eine war und hoffentlich bleiben wird. Wann beginnt aber ein Kreis für uns „sicher“ zu werden? Sorgfältige Un- tersuchungen haben ergeben, daß in denjenigen Wahl- kreisen, in denen es der planmäßigen Arbeit aller Parteien gelingt, den bekannnten „letzten Mann“ an die Urne zu bringen, rund 95 pCt. an Wähler. Man kann also mit durchschnittlich 5 pCt. rechnen, die aus irgend welchem natürlichen Grunde nicht wählen können. Wenn also jemand seine Wahl vorhersehen will, dann muß er mindestens 47,6 pCt. der Wahlberechtigten hinter sich haben!

Bei den übrigen Wahlkreisen hängt der Sieg, wenn nicht große Wahlträgheit herrscht, immer von der jeweiligen Situation ab.

Im allgemeinen beginnt die Möglichkeit, in der Stichwahl einen Kreis zu holen, für die Sozialdemokratie bei 33 1/2 pCt. der Wahlberechtigten; wir gewannen zwar diesmal und auch schon früher Kreise mit weniger, als 30 pCt.; aber das sind Zufälle, die nicht mitzählen. Der Kreise mit 33 1/2—47 1/2 pCt. der Wahl- berechtigten aber hatte die Sozialdemokratie diesmal 83; mit den „Bombensichern“ 122, oder wenig mehr, als ihr in Wirklichkeit zuge- fallen sind.

Das erste man an einigen charakteristischen Beispielen: Es wurden im ersten Wahlgang außer den genannten 39 noch weitere 25 gewonnen, dar- unter Straßburg Stadt mit 42,6 und Mainz mit 42,9 pCt. der Wahlberechtigten. Daß aber solche Kreise keinen unbedingt festen Bestand darstellen, sehen wir daran, daß Altenburg, wo wir im ersten Gang 45,1 pCt. der Wahlberechtigten hatten, erst in der Stichwahl uns zufließt, daß Worsheim im ersten Treffen

verloren ging, obwohl wir 44,4 pCt. der Wahlbe- rechtigten musternten, und daß Gillingen, das uns im ersten Gang 44 pCt. lieferte, dem Gegner zufließt, ob- wohl nur 112 Stimmen am sofortigen Siege gefehlt hatten. Sorau wäre um ein Haar im ersten Treffen verloren gegangen, obwohl 44,9 pCt. aufgebracht waren, und Ottenen ging in der Stichwahl fort trotz der 42 pCt. des ersten Wahlgangs! Alle jene Kreise können also nur dann unter allen Umständen errungen werden, wenn es gelingt, durch eifrige Werbe- und Organisationsarbeit unsern prozentualen Anteil an den Wahlberechtigten auf die oben ange- gebene Höhe zu steigern. Sonst sind Ueberraschungen unter andern Konstellationen als die diesjährige nicht ausgeschlossen. Was von den im ersten Gange gewonnenen gilt, trifft natürlich noch mehr auf die andern 58 Kreise dieser Gruppe zu. Sie sollen erst durch unangesehnte, zielsichere, verständige Arbeit dauerndes Eigentum der Partei werden; von heute auf morgen sind sie es noch nicht.

Für die parlamentarischen Erfolge kommt es aber immer auf die absolute Mehrheit an; sie entscheidet über das Wohl und Wehe des Volkes. Wir würden dem größten Opportunismus Rech- nung tragen, wenn wir annehmen wollten, es könnte uns gelingen, in 5—10 Jahren auch die Kreise sämtlich zu unserm Besitz zu machen, die uns heute 25—33 1/2 pCt. der Wahlberechtigten liefern. Aber selbst gäbe, dies Unerwartete würde Ereignis, dann hätten wir mit weiteren 64, also insgesamt

186 Mandaten, immer noch nicht die Mehrheit, wären im- mer noch, auch bei den allerwichtigsten Aktionen, auf anderer Leute Beistand angewiesen. Diese kommen aber aus Kreisen, in denen wir, für uns genommen, nichts und noch weniger bedeuten.

Wir hatten in 12 Kreisen noch nicht einmal 1 pCt. der Wahlberechtigten, in 42 nur 1—5 pCt., in 70 nur 5—10 pCt., und in 87 nur 10—25 pCt. Das sind

211 Kreise, in denen wir für absehbare Zeit im günstigsten Falle unsere Kraft zur Anwendung des größeren Hebels in der Stichwahl nur bringen verwer- ten können. Ja, es sind darunter konfervative und vor allem Zentrumsdomanen, wo selbst das noch für geraume Zeit ganz ausgeschlossen erscheint, wenn es nicht gelingt, durch eine wahrhaft vollst- ändliche Politik in die Hochburgen der poli- tischen, wirtschaftlichen und geistigen Bevormundung Dresche zu legen.

Wie steht es denn aber mit unseren Fortschritten überhaupt? Kann mit Zug und Recht behauptet wer- den, daß wir immer die Grenzen zuungunsten unserer Feinde verschieben?

Wir sind alle stolz auf unsere 4 1/2 Million An- hänger. Etwas anderes aber ist es, ob diese allein uns den nötigen parlamentarischen Einfluß sichern. Allgemein sei auf die wohl nicht ganz un- beachtliche Tatsache hingewiesen, daß wir in 16 Kreisen noch hinter dem Resultat von 1907 und gar in 34 Kreisen noch hinter dem von 1903 zurückgeblieben, also in mehr als einem Zwölftel der Kreise in 9 Jahren nicht nur nicht vorwärts, sondern sogar rückwärts gegangen sind. Als ein nennenswerter Fortschritt kann es auch nicht bezeichnet werden, wenn in weiteren 12 Kreisen der Zuwachs unter 100, in weiteren 19 nur 101—250 betrug, und nur ganz bescheidene Genossen werden zufrieden sein mit der Zunahme von 251—500, die nicht weniger als 33 Kreise aufweisen. Das sind

80 Kreise, die gegenüber den Stimmtenwahlen Rückschritt, Stagnation oder doch etwas dem sehr nahe kommen- des zeigen. Gut ein Fünftel aller Kreise! Es erübrigt sich, an dieser Stelle den Ursachen nachzuforschen, die, von Einzelfällen abgesehen, ziem-

lich gleicher Natur sind, und vor allem zur Evidenz beweisen, daß die der gewerkschaftlichen Entwicklung entgegenstehenden Schwierigkeiten auch der Sozialdemokratie das Fortschreiten verwehren und erschweren, — wir stellen nur die nackten Tatsachen fest.

Unser gewaltiger Stimmenzuwachs kommt uns parlamentarisch nicht annähernd voll zugute. Der Mandatsgewinn hält mit ihm nicht gleichen Schritt, weil der Zuwachs entweder dort erfolgt, wo nichts mehr zu gewinnen ist, oder dort, wo gleichzeitig die Gegner so gewaltig zunehmen, daß unser ganzer Mehrerwerb an Kraft wirkungslos verpufft. Man sehe:

Von rund 1/4 Millionen Stimmen, die in 397 Kreisen auf die sozialdemokratische Partei entfielen, brachten die 37 Kreise, die einen Stimmenzuwachs von mehr als 5000 hatten, allein 418 512 auf. Drei Fünftel des Zuwachses in noch nicht einem Zehntel der Kreise! Allein die neun, was den Zuwachs anlangt, größten Kreise, nämlich Berlin VI, Niederbarnim, Teltow, Bochum, Düsseldorf, Essen, München II, Leipzig Land und Hamburg III, weisen ein Mehr von 232 783 Stimmen auf. 23 pSt. des Gesamtzuwachses! Aber diese enorme Zunahme hat nicht verhindern können, daß einer dieser neun Kreise uns verloren ging, einer nicht erobert wurde, und einer nur mühsam in einer sehr bedenklichen Stichwahl mit liberaler (1) Hilfe gehalten werden konnte. Ueberhaupt wurden von den Kreisen, die mehr als 5000 Zuwachs brachten, 7 erst in der Stichwahl an die Gegner verloren, und in 3 stelen wir gar in der Hauptwahl schon ganz aus, obwohl wir ein Mehr von 9830, 6893 bzw. 5560 brachten. Nicht viel anders liegt es in den 48 Kreisen, in denen wir ein Mehr von 3000—5000 gegenüber der vorigen Wahl erzielten. Sie lieferten ein Plus von 182 399 Stimmen; aber nur 18 wurden in ersten Wahlgang geholt, 15 mußten in der Stichwahl erkämpft, d. h. mit fremder Hilfe erobert werden, während 11 im zweiten Gang den Feinden zufielen, die uns ferner in 4 schon im ersten Treffen ausschalteten. Diese bisher genannten 85 Kreise brachten aber 609 911 Stimmen Zuwachs, die übrigen 212 noch nicht ganz 100 000!

Es werden also viele zehn-, ja hunderttausende von Stimmen aufgebracht, die parlamentarisch garnicht in die Erscheinung treten. Mit der Zunahme nur von Teltow, Niederbarnim und Berlin VI, die der Fraktion nicht eine einzige Stimme mehr geben könnten, hätte die ganze noch nicht der Sozialdemokratie anheimgefallene Provinz Brandenburg erobert werden können. Wir erhalten leider die Stimmenfülle nicht dort, wo viel zu gewinnen ist, sie konzentriert sich zu sehr, und daher bleibt sie bis zu einem gewissen Grade ganz unwirksam.

Also — Neueinteilung der Wahlkreise als erste und vornehmste Aufgabe des neuen Reichstages! Schon hört man allerorten so rufen. Gewiß! Eine höchst wichtige, dringende Pflicht. Aber — zunächst sind die Arbeiten zu erledigen, die von der Regierung vorgelegt werden. Da wird es schon allerlei Mühe zu machen geben. Die Neueinteilung der Kreise wird aber von dieser Regierung die sie im Reichstage nicht als Vorlage zugehen; darauf kann man Gift nehmen. Dazu ist die Mehrheit der Linken denn doch zu gering und auch noch zu problematischer Natur, daß sie eine von preussischem Juntergeiste erfüllte Regierung

veranlassen könnte, das Fundament zu beseitigen, auf dem ihrer hochmögenden Ödener und Zenters Macht ruht. Und einen etwaigen Initiativantrag wird sie mit der üblichen Nonchalance bei andern Volkswünschen einsargen. Weit eher wird man versuchen, bei einer Auflösung mit all den bekannten Mitteln noch einmal wieder eine schwarz-blaue Mehrheit zusammenzuspischen. Und dieser Möglichkeit mit ihren absehbaren Konsequenzen müssen wir allzeit gerüstet gegenüberstehen; keinen Augenblick dürfen wir sie außer Acht lassen. Von der Wachsamkeit und dem weiten Blick der fortschrittlichen Elemente des Volkes hängt dessen ganze Zukunft gegenwärtig ist.

Wir haben gesehen, daß der parlamentarische Einfluß, den wir aus eigener Kraft zu erringen vermögen, bei weitem nicht hinreicht, reaktionären Machenschaften die Spitze zu bieten. Wir haben uns vielmehr darauf gefaßt zu machen, daß bei vorzeitigem Tode des gegenwärtigen Reichstages gerade auf unsere festeren Kreise ein Ansturm erfolgt, der dem von 1907 nichts nachgibt. Wohl sind aus dem Heer der „Nichtwähler“, das uns damals die Luft abdrückte, inzwischen viele ständige Wähler, und zwar nicht für die siegreichen Parteien von 1907, geworden; das allein aber vermag unangenehme Ueberraschungen nicht zu verhüten. Daher muß zunächst unser Trachten dahin gehen, die heute in unserm Besitz befindlichen Kreise durch unsere Agitation so zu sichern, daß sie auch den stärksten Stürmen standzuhalten vermögen. Das ist aber nur möglich, wenn wir unter uns geschlossen dastehen.

Ein für alle Male muß Schluß gemacht werden mit dem widerlichen, selbstmörderischen Gezänke, das uns nach dem glorreichen Jahre 1903 die Früchte des Sozialkampfs raubte. Solchen und ähnlichen verblödeten Versuchen, vom Erhabenen des großen Sieges sofort wieder den törichtesten Schritt zum lächerlichen überflüssigsten Parteihaders und persönlichster Heruntertreiber zu tun, muß mit aller Energie ein Kiegel vorgeschoben werden. Es war eine wahre Erlösung, als wir alle ohne Ausnahme in den Wahlwochen dem Feinde freudig die Stirn boten, ohne daß lange geprüft wurde, ob Unverstand und Kurzsichtigkeit einem einmal das Etikett „Nabital“ oder „Revisionist“ angeheftet hatte. Und die Gegner haben wirklich bei den Hieben, die auf sie niederfielen, keinen Unterschied zu machen gewußt, von welcher sozialdemokratischen „Richtung“ sie kamen, weil sie allemal schmerzhaft waren. Diesen gesunden Zustand wollen wir uns denn doch nicht wieder beseitigen lassen.

Wer angesichts der gegenwärtigen Situation nichts Besseres zu tun wissen würde, als sich „neugefärbt“ in den Bruderkrieg zu stürzen, der bewiese, daß er zu denen gehört, die nichts vergessen und nichts hinzulernen. Der paßt aber auch überall anderswohin, nur nicht in den Kampf um die politische und wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse. Gerade wir Gewerkschaftler haben allen Grund, solchen Störenfriedern rechtzeitig das Handwerk zu legen: Gewerkschaften und Genossenschaften werden in erster Linie die Folgen einer ungeschickten Taktik auszubaden haben, deren Träger viel weiter vom Schuß sitzen.

Es ist das Wertvolle der kalten, stummen Ziffern der Wahlstatistik, daß sie eine eindringliche, gemeinverständliche Sprache reden. Sie lehren uns, daß all unser hegezeisches Mühen auf lange Zeit umsonst

gewesen sein wird, wenn wir nicht verstehen, mit dem Erworbenen hauszuhalten. Sind wir nicht unter uns bis auf den letzten Mann einig, dann werden wir künftig nicht nur Last haben, die errungenen Kreise zu halten, sondern es wird uns kaum möglich sein, alle Wahlgewinne zu dauernden zu machen und vor allem die noch in weiter Ferne stehenden Volksschichten uns näher zu bringen. Parteien, die durch inneren Hader zerklüftet sind, vermögen, je größer sie sind, um so weniger, Schwankende an sich zu ziehen; was fesselt, ist das Einheitliche, lückenlos auf ein großes Ziel Hinstrebende.

Dazu gehört aber auch weiter, und das ist in Gewerkschaftsblättern mehr als einmal betont worden, die rechte Taktik in der politischen Gegenwartsarbeit. Auch sie wird immer komplizierter, je größeren Einfluß wir gewinnen. Die überaus geschickte Haltung des „verjüngten“ Parteivorstandes im Wahlkampf, der vom Wahlausbruch bis zur Stichwahlparole, frei von Ueberschänglichkeit und Rechthaberei, nur die gegebenen Möglichkeiten in Rechnung stellte und danach seine zu vollen Erfolge führenden Maßnahmen traf, scheint uns die Gewähr dafür zu bieten, daß auch die parlamentarische Tätigkeit der neuen großen Fraktion die Hoffnungen der Freunde und damit auch die Befürchtungen der Feinde wahr machen werde. Die Wähler sind überzeugt, ernste, energische und kluge Männer gewählt zu haben und erwarten, daß diese das in sie gesetzte Vertrauen voll rechtfertigen werden.

Unsere Kollegen aber werden von Stund an wieder an die Aufklärungsarbeit gehen, damit die Schattenfeste der Wahlziffern recht bald sich aufhelle. Sie wissen, wo es not tut, und sie werden im eigenen Interesse alles aufbieten, daß der Volkswille endlich einmal im Parlament voll und unverfälscht zum Ausdruck komme.

Max ein Schurmann beschwört, ist wahr.

Unter den zahlreichen Stoppkommandos, die in Berlin und Umgegend den Automobilisten das Leben sauer machen, war lange Zeit das Reutlinger Kommando das gefürchtetste. Dort warteten ihres Amtes die Herren Schutzleute Duve und Raeth. Diese führten ein strenges Regiment. Zahlreiche Anzeigen waren an jedem Tage auf der Tagesordnung und die Anzeigen hatten vielfach etwas absonderliches. So hat die Leitung unseres Verbandes festgestellt, daß in derselben Zeit ganz ungläublich viel Anzeigen selbstsamerweise für dieselbe abgetragene Strecke genau dieselbe Geschwindigkeit der Automobile aufwiesen. Meist war es ein Zeitraum von ausgerechnet immer 21 Sekunden, die zahlreiche Fahrer um dieselbe Zeit für die kurze Strecke gebraucht haben sollten. Mancherlei andere Auffälligkeiten kamen hinzu.

Die Gesuche bei unserem Verbande um Rechtsschutz gerade gegen die Anzeigen der Herren Duve und Raeth mehrten sich in erschreckender Weise. Der Verband tat, was er tun konnte. Aber die Schutzleute traten mit einer so absoluten Sicherheit auf und machten ihre Aussagen unter Hervorhebung so vieler Einzelheiten, an die sie sich

Multatuli.

(Eduard Douwes Dekker.)

Vor 25 Jahren, am 19. Februar 1887 schloß in Nieder-Ingelheim ein Mann für immer die Augen, der es wert ist, daß seiner gedacht wird. Eduard Douwes (spr. Daves) Dekker gehörte zu den interessantesten literarischen Erscheinungen des 19. Jahrhunderts. Er wurde mit einem Schläge berühmt, als er 1859 sein Erstlingswerk, den „Kolonialroman“, „Mar Havelaar“, oder die „Kaffeeversteigerungen der Niederländischen Handels-Gesellschaft“, unter dem Pseudonym Multatuli herausgab. Dies Buch war die Antwort auf den erzwungenen, „freiwilligen“ Abgang Dekkers aus dem holländischen Kolonialdienst. Dekker wurde am 2. März 1820 in Amsterdam geboren. Im Alter von 18 Jahren ging er nach Niederländisch-Ostindien, wo er 1839 als Schreiber bei der Kolonialregierung zu Batavia sein Leben fristete. Drei Jahre später wurde er bereits Kontrolleur von Natal auf Sumatra, später ging er in gleicher Eigenschaft nach den Badangschen Oberlanden. Im 12., 13. und 14. Kapitel seines „Havelaar“*) gibt Dekker eine sprechende Charakterisierung seines Vorgesetzten, eines Generals Michiels (im Roman van Damme genannt). Bei dem hart ausgeprochenen Rechtlichkeitsinn Dekkers ließen die Differenzen nicht lange warten. Er wurde suspendiert, wie zahlreiche Beamte vor ihm. Dekker widmete dem Felden folgendes Spottgedicht, das er ihm auf dem Frühstückstisch legte:

Das wandelnde Suspens-Dekret,
Das suspendierend uns regiert,
Jan Suspensal, der Gouverneur,
Der Werwolf unserer Tage,
Er hätte sein Gewissen schon
Mit Freuden lange suspendiert,
Wär nicht vor langer Zeit bereits
Der Zapfenstreich geschlagen.

*) Havelaar, soviel wie Habenicht's, eine Anspielung auf seine materielle Lage, bei der Abfassung des Buches.

Die Lage Dekkers war wenig beneidenswert, er hatte buchstäblich nichts zum Leben. Der General verbot sogar, ihm einen Paß zu geben, so daß er in Padang bleiben mußte, wo aus Angst vor dem Gewalthaberniemand ihm zu helfen wagte. Das ging 1/2 Jahre lang; um nicht zu verhungern, stahl er dem Hüter der Hühner, die dem General gehörten, einen Haub von offener Straße weg. Der General ließ den Hüter einen andern Weg nehmen. Als dem Hungerenden eine Rechnung über 20 Gulden (Abonnement für die Zeitschrift „Noviti“) vorgelegt wurde, von der er wußte, daß sie in den Bureaus des Gouverneurs verrechnet wurde, schrieb er auf die Rückseite der unbezahlten Rechnung, um den Gouverneur auf seine Lage aufmerksam zu machen, folgendes:

Die zwanzig Gulden, wach ein Schuß
Kopft, wir müssen scheiden.
Es tut mir wirklich herzlich leid,
Doch hab ich viel zu leiden.
Vor Hunger sterb ich und vor Frost,
Vor Kummer und vor Schulden.
Zwei Monat lang ich leben könnt,
Hätt ich die zwanzig Gulden!
Ich könnte besser leiden mich
Und besser wohnen, nähren: —
Das Urecht, doch die Armut nicht
Bringt mich vor Scham zu Zahren...

Auch diese Spekulation schlug fehl; der General behielt die „illustrierte Quittung“ und bezahlte Dekkers Schulden. Wie die meisten vom General Michiels suspendierten Beamten, wurde später auch Dekker rehabilitiert; im Jahre 1845 kam er nach Java, 1848 wurde er Sekretär von Mentado und 1851 Assistent-Resident von Amboina. Nach zweijährigem Urlaub in Europa wurde er am 4. Januar 1856 Assistent-Resident von Bebal, am 29. März desselben Jahres bat er, der eine glänzende Zukunft vor sich zu haben schien, den General-Gouverneur, ihm „einen ehrenvollen Abschied aus dem Landesdienst zu gewähren“. Damit war seine amtliche Tätigkeit für immer beendet. Aber er gab den Kampf um seine Ehre nicht auf. Als alle Bemühungen, Gehör zu erlangen, fehlschlagen, griff er zur Feder. Jetzt vermittelte ein Roman-

schriftsteller zwischen ihm und der Regierung, — man wol' e den Glat vermeiden. Dekker war es aber um das Prinzip zu tun, er verlangte eine Stellung im Kolonialdienst, die es ihm ermöglichen sollte, bestimmt in die Geschichte Indiens einzugreifen. Die holländische Regierung wollte jedoch das vorteilhafte System beibehalten, und so zerstückte sich die Verhandlung. Da der Dichter keine Pension bekam — es geht nicht, weil ich aus Eitel meinen ehrenvollen Abschied genommen habe und nicht insam weggejagt bin“ („Minnebriefe“) — ging es ihm und seiner Familie sehr traurig. Die reichen Verwandten seiner Frau zogen sich zurück, weil sie es nicht begreifen konnten, schreibt Dr. Mitsche, der verschiedene Sachen Dekkers übersetzte, „wie einer seiner Ueberzeugung wegen die Dummheit begehen konnte, sich mit der Regierung anzulegen.“

In einem Brief, den Dekker in jener schweren Zeit an seine Frau „Line“ richtete, heißt es: „Gestern habe ich zehn Centimes für ein Flaschchen Liqueur bor-gen müssen; wenn ich es nicht zurückgeben kann, bin ich wieder ein Dieb.“ Auf schmützigem Tisch, unter Bechern in der Gaststube, entstand der größte Teil des Havelaar. In diesem „Kolonialroman“ schildert Dekker, warum Havelaar (nämlich Dekker) den Staatsdienst verließ. Mit wenigen Worten sei der Kern heraus-gesagt. Um das okkupierte Indien besser im Zaum zu halten, hatte die holländische Regierung ein eigen-artiges System eingeführt. Ueber die Kolonie herrschte der General-Gouverneur, unter ihm standen die Resi-denten, die einen Landstrich verwalteten, etwa unsere Provinzen entsprechend. Jede dieser Provinzen war eingeteilt in Bezirke, denen ein Assistent-Resident vor-stand. Neben dem Assistent-Residenten stand ein ein-geborener Fürst oder Häuptling als „Regent“. Zwar war diese Regentenschaft nur nominell, aber von der guten Laune dieser Despoten hing die Ruhe Indiens ab, sie waren Holland mehr wert, als die holländi-schen Truppen. Diese Despoten wucherten mit echt asiatischer Grausamkeit, d. h. also, mit einer Grausamkeit, die ebenso groß war, wie die europäischer Kapitalisten, die armen Javaner aus. Wagte es wirk-lich einmal einer, sich beim Assistent-Residenten über

auffälligerweise auch nach langer Zeit immer noch er-
innern wollten, daß es trotz vieler Mühe lange nicht
gelaug, das Gericht zu Freisprüchen gegen diese
Anzeigen zu veranlassen.

Endlich kam der Tag des Herrn:

Unser Kollege W., welcher in einem Privatbe-
triebe ein altes, abgeklapperes Automobil fährt, be-
kam eines schönen Tages zu seiner großen Ueber-
raschung eine auf die Herren Dube und Raeth zu-
rückzuführende Anzeige dahin, daß er die fragliche
Strecke mit einer Stunden-Geschwindigkeit von etwa 32
Kilometern durchfahren haben sollte. Um dem W.
außerdem noch eine kleine Gabe für die Staatskasse
aufzuerlegen, war fernerhin in der Anzeige behauptet,
das Nummernzeichen seines Wagens sei so
schmutzig und unkenntlich gewesen, daß es auch aus
aller nächster Nähe von den beiden Herren Schutzleuten
nicht zu erkennen gewesen sei.

W. war wie aus den Wolken gefallen. Er kannte
seinen Wagen genau und wußte, daß derselbe die
Geschwindigkeit, welche die Schutzleute festgestellt ha-
ben wollten, niemals überhaupt leisten könnte. Er
wußte ferner, daß sein Nummernschild wie stets, so
auch an dem fraglichen Tage sich in guter Verfassung
befand und von weit hinaus kenntlich gewesen sei.
Deshalb erhob er im Rechtschutzbüro des Ver-
bandes gegen den Strafbefehl Widerspruch.

Es kam zur ersten Verhandlung und die Herren
Dube und Raeth hatten dieselbe Aussage, wie sie sie
in allen anderen Fällen auch machen: Jemand ein
Frtum bei ihnen sei vollkommen ausgeschlossen. Sie
hätten beide mit großer Sorgsamkeit die Sachlage
beobachtet, hätten beide sich ihrer Stoppuhr bedient,
hätten in genau derselben Sekunde abgestoppt und ge-
nau zur selben Sekunde den Stoppzeiger wieder los-
gelassen. Dabei habe sich dann in genauester Ueber-
einstimmung für das Abfahren der abgesteckten Strecke
durch den Angeklagten die Geschwindigkeit von 32
Kilometern in der Stunde ergeben. Und das Num-
mernschild am Wagen des Angeklagten sei überhaupt
nicht kenntlich gewesen. Aus aller nächster Nähe habe
man nichts erkennen können. Deshalb sei die An-
zeige in vollem Umfange berechtigt. Das Gericht war
augenscheinlich geneigt, zu verurteilen. Von der Ver-
teidigung wurde nunmehr der Beweis antrag dahin
gestellt, daß das fragliche Automobil überhaupt nicht
imstande sei, selbst bei Entwicklung der für dasselbe
größten Geschwindigkeit, mehr als 25 Kilometer in
der Stunde zu fahren. Es wurde beantragt, durch
den gerichtlichen Sachverständigen das Automobil
prüfen zu lassen, desgleichen durch den technischen Ver-
treter derjenigen Fabrik, von welcher das Automobil
bezogen war und bei welcher es häufig in Reparatur
gestanden hatte, ein weiteres Gutachten zu erfordern.
Der Staatsanwalt wandte sich mit der allergrößten
Entschiedenheit gegen diesen Antrag, er hielt es für
ganz unmöglich, daß die vorgeschlagenen Sachverständi-
gen die Behauptungen des Angeklagten bestätigen
könnten, denn, so hob er hervor, die Schutzleute Dube
und Raeth hätten sich in zahllosen Strafverhandlungen
als absolut zuverlässig bewährt und des-
halb sei der ganze Antrag nutzlos.

Nach langen Bemühungen gelang es der Ver-
teidigung endlich, den Antrag durchzubringen. Die
Sache wurde verlag, der Wagen wurde dem Sach-
verständigen vorgeführt, und, sicherlich zur größten
Ueberraschung des Herrn Staatsanwalt, ergab sich
folgendes Ergebnis: Der Wagen kann tatsächlich bei
der auch an jenem Uebertretungstage gehaltenen Be-
lastung mehr als 20 Kilometer nicht leisten und er
kann, selbst wenn man ihn ganz leer laufen ließe,

auch eine Geschwindigkeit von 25 Kilometern kaum
erreichen. Demgemäß war es also eine absolute Un-
möglichkeit, daß die Schutzleute mit ihrer Angabe
über die vom Angeklagten angeblich eingehaltene Ge-
schwindigkeit Recht haben konnten.

Auch was das Nummernschild angeht, ergab die
Beweisaufnahme, daß die Schutzleute offenbar etwas
Unwahres gesagt haben mußten. Ein anderer Zeuge



föhn.

Don J. v. Lugin.

Kampf hoch oben!
Pfeifen, Toben,
Schnauben, Prasseln und Gestöhn:
Blühmlohten
Königsboten
Wählt der Lenz und schickt den föhn.

Und ich breite weit die Arme,
Wie ein Cymbal klingt mein Sinn:
Stärke mich, daß ich erwarme,
Reiß mich auf und nimm mich hin!

„Ich muß fällen
Und zerspellen,
Mas da morsch und welk und zag;
Kann nur geben
Frisches Leben,
Wer mir widerstehen mag.

Haft du Mut, sei Kampf-Geselle,
Und erklingend bist dein Eis;
Bist du Flamme, lohe, schwelle
Oder lisch im Sturme!“ — Sei's!

Bring Erfüllung —
Tiefste Stillung,
Wenn der Funkenrest verglomm —
Ob Bewährung,
Ob Verheerung:
Wilder Lebensherold, komm!

bestätigte im Verein mit dem Angeklagten, daß das
Schild sich in guter Verfassung befunden habe und
auch der Sachverständige hatte bei der Vorführung des
Wagens festgestellt, daß das Schild zwar alt, aber
seine Aufschrift durchaus lesbar sei und daß noch in
einer Entfernung von einigen 40 Schritt die Auf-
schrift gut erkannt werden würde. Diese Meinungen
des Sachverständigen war ebenfalls erheblich. Denn
das Schild war etwa 2 Meter über Erdhöhe am
Wagen angebracht und es war deshalb von vorn
herin wenig wahrscheinlich, daß es etwa durch Stra-

fenstrich und dergleichen unlesbar geworden sein
konnte.

Das Neuköllner Gericht sprach den Angeklagten
wegen des angeblich zu schnellen Fahrens frei. Es
stellte in dem Urteil fest, daß nach dem Gutachten
der Sachverständigen es eine Unmöglichkeit sei, daß
der Angeklagte die von den Schutzleuten behauptete
Geschwindigkeit gehabt haben kann. Damit waren die
eiblichen Aussagen der Schutzleute
als unrichtig erwiesen. Das Neuköllner
Gericht meinte in dieser Beziehung, es sei den Schutz-
leuten ein Frtum unterlaufen, der nicht aufge-
klärt werden könne.

Obgleich sich danach die Schutzleute in diesem
Falle als durchaus unzuverlässig erwiesen hatten, kam
das Gericht bezüglich des zweiten Straffalles, des be-
schmutzten Nummernschildes, gleichwohl zu einer Ver-
urteilung, indem es auffälligerweise meinte, die
Schutzleute hätten glaubwürdig und einwandfrei die
Mangelhaftigkeit des Schildes bezeugt.

Unserem Kollegen W. wollte das mit Recht nicht
in den Kopf. Denn wenn einmal in zweifelsfreier
Weise festgestellt war, daß die Herren Dube und
Raeth unter ihrem Eide bezüglich der Geschwindigkeit
etwas Falsches gesagt hatten, so konnte logischerweise
überhaupt nicht gut davon die Rede sein, daß die-
selben Beamten einwandfrei die Wahrheit gesagt
hätten bezüglich des zweiten Teiles ihrer Anzeige, zu-
mal auch, da entgegenstehende Aussagen einwands-
freier Zeugen vorhanden waren.

Darum legte W. gegen das Urteil des Neuköllner
Gerichts, soweit er durch dasselbe verurteilt war, Be-
rufung ein.

Das Berufungsgericht beurteilte die Sache richtig.
Auch vor dem Berufungsgericht traten die Zeugen
wieder in ihren Widersprüchen gegen einander auf.
Seitens der Verteidigung wurde darauf hingewiesen,
daß den Schutzleuten durch das erste Urteil bereits
nachgewiesen sei, sie hätten unter ihrem Eide etwas
unzutreffendes ausgesagt. Demgemäß seien aber die
Aussagen dieser Schutzleute überhaupt nicht beweis-
kräftig und der Angeklagte mußte freigesprochen wer-
den, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß einwands-
freie Zeugen seine eigenen Behauptungen bestätigt
hätten.

Der Staatsanwalt trat diesen Ausführungen mit
der größten Entschiedenheit entgegen. Er nahm sich
der Schutzleute mit der größten Wärme an, hob ihre
Zuverlässigkeit hervor und sprach dann den denkwür-
digen Satz aus: Was ein Schuymann
bejwört, ist wahr.

Das Gericht quittierte über diesen Satz in der
Urteilsbegründung mit dem Bemerkten, daß die etw-
lichen Aussagen der beiden Schutzleute Dube und
Raeth nicht genügt hätten, den Angeklagten zu über-
führen. Demgemäß sprach es den Angeklagten auch
wegen des Nummernschildes kostenlos frei.

Seit dieser Freisprechung ist es ruhig geworden
im Neuköllner Stoppkommando. Die Herren Stopp-
kommandeure wälten ihres Amtes keineswegs mehr
mit der alten Strenge, und als jüngst einmal vor
ganz kurzer Zeit einer der beiden Herren Schutzleute
in einer anderen Sache vernommen wurde und als
darauf hingewiesen wurde, daß er in der Sache des
Kollegen W. unter seinem Eide etwas Unrichtiges
ausgesagt und daß er deshalb nicht zuverlässig sei,
da erklärte der Schuttmann, er schreibe jetzt fast über-
haupt keinen mehr wegen schnellen Fahrens auf, er
habe schon etwa 14 Tage niemanden mehr aufge-
schrieben! Mit diesem Erfolge können wir zufrieden
sein. All zu scharf macht scharf!

den „Regenten“ zu beklagen, so nahm er im Verhör,
dem der Regent beizuhörte, alle Klagen zurück. Für
den klageführenden bedeutete das schwerste Mißhan-
dung, nicht selten den Tod. Zwar wußten die Ab-
sistent-Residenten, daß die erste Klage richtig war, aber
sie wußten auch, welchen Wert die Regierung auf
gutgelaunte „Regenten“ legte. Der Resident gab dann
Berichte, daß die „Ruhe ruhig“ gewesen sei, günstige
Berichte über Reiseeinfuhr und Ausfuhr und hatte so
seine „Pflicht“ erfüllt. Deker machte sich das Ver-
gnügen, die Zahlen der Residenten über die Reis-
bewegung auf Java zusammenzuzählen, und er fand,
daß auf Java „mehr Reis ist, als Reis ist“. Der
Bezirk Lebat, dem Deker vorstand, war besonders
arm. Das freute ihn, denn er wollte Java glücklich
machen. Der „Regent“ von Lebat war nicht schlechter
als andere, aber ärmer, und deshalb war der Druck,
den er ausübte, doppelt stark. Der Vorgänger Dekers
war ein Absistent, wie sie alle waren; aber das
grauenhafte Elend ließ ihm keine Ruhe, er wollte
mit dem Residenten mündliche Rücksprache nehmen.
Nur vorher starb er, er war vergiftet worden.
Deker wartete nicht so lange, aber als er den „Re-
genten“ anklagte, ließ ihn der Resident*) hart an.
Der Absistent wandte sich an den General-Gouverneur
und — erhielt einen Verweis. In Anbetracht seiner
Tüchtigkeit wurde er in einem andern Bezirk versetzt.
Da aber sein neuer Resident mit dem alten verwandt
war, verzichtete Deker darauf, diese Probe auf fer-
neres Wohlverhalten abzulegen.

Das Buch machte ungeheures Aufsehen, aber weder
moralisch noch materiell hatte Deker den erhofften
Erfolg. Die Regierung schweig sich aus. Da Deker
seine Rechte dem oben erwähnten Romanschriftsteller
abgetreten hatte, ließ dieser aus „patriotischen Grün-
den“, nachdem die Auflage von 1300 Exemplaren ver-
griffen war (in Indien zahlte man bis 100 Gulden
für das Buch) keine Neuauflage herstellen. Erst im

Jahre 1870 konnten Neuauflagen herausgegeben wer-
den. In vier Jahren wurden 20 000 Exemplare ver-
kauft. „Das Buch sei so schön und sie lasen es gierig
und überall. Und doch ist kein Recht geblieben. Den-
noch bin ich ebenso weit, als ob nicht so viele Tünen
auf die Handschrift niedergefallen wären...“, sagte
Deker verbittert. Klage er erst die Regierung an,
jetzt grollte er ganz Holland. „Publikum, ich verachte
dich mit großer Innigkeit“, schrieb er in den „Minne-
briefen“. In den in den Minnebriefen abgedruckten
Märchen gab er dieser Verachtung beredten Ausdruck.
Er wiederholte diese Verachtung in der späteren Auf-
lage der Schrift: „Zeige mir den Platz, wo du ge-
sät hast“, als er erfuhr, daß für diese Schrift 1316
Gulden eingegangen waren, die er für eine von einer
Ueberschweemung vernichtete Gegend Javas stiftete,
während ganz Holland nur 11 000 Gulden aufbrachte,
„noch nicht der neunte Teil von dem, was ein Chi-
nese“ zur Binderung der Not beitrug. In den Minne-
briefen spann Deker den im Havelaar begonnenen
Faden weiter in den Beweisen, daß der Javane miß-
handelt wird“, sowie in der Frage: „Ist Niederland
ein Raubstaat?“ Die Antwort gibt er im Havelaar:
„Es liegt ein Raubstaat an der See, zwischen Ost-
friesland und der Schelde.“*)

Ueber den Havelaar, meinte Deker, dürfe man
sagen, was man wolle: bunt zusammengewürfelt, —
schlechte Disposition, — Effektloscherei, — schlechter
Sinn, — Anfänger, — kein Talent, — keine Methode:
„aber der Javane wird mißhandelt“. Der Wahrheits-
fanatiker schrieb in den Minnebriefen, er müsse lügen,
sonst würden seine Geschichten zu kurz:

„Der Javane wird mißhandelt!“
„Ich werde dem ein Ende machen.“

An den General-Gouverneur schrieb er nach seinem
Abschied: „Eure Excellenz haben das System des

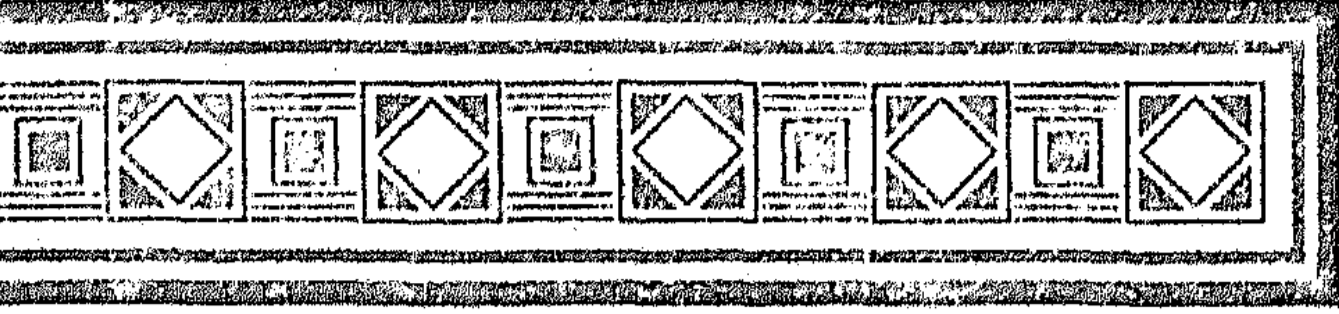
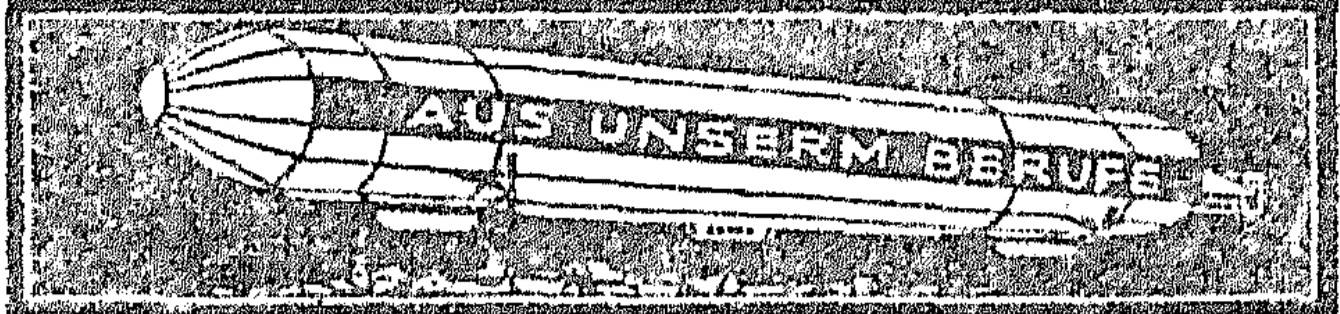
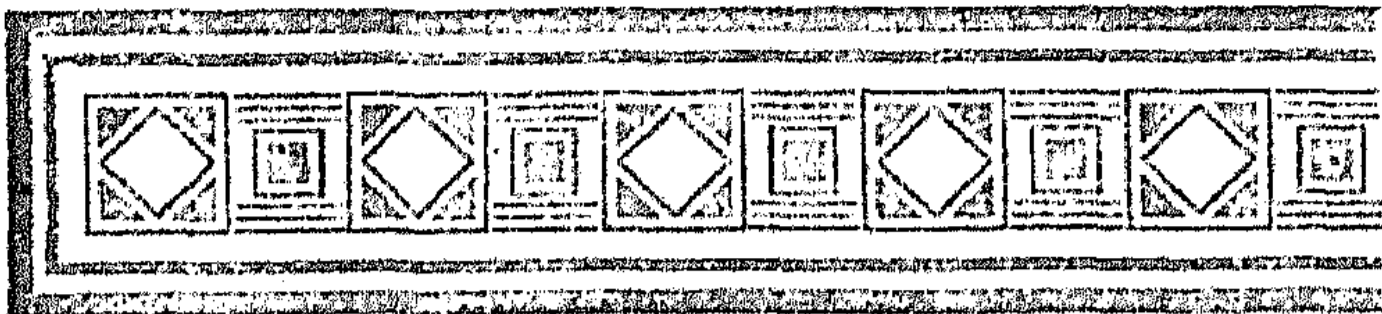
Raubes und Mordes, des Amts- und Machtmißbrauchs
sanktioniert, unter dem der arme Javane gebüht
geht. . . . Es klebt Blut an den übriggebliebenen
Hemmen von dem dafür erhaltenen indischen Gehalt.“

Deker war ein Mensch, wie er alle hundert Jahre
nur einmal geboren wird. Mit einem Herzen von
Wachs mußte er stets mit der realen Welt in Kon-
taktion geraten, auch wenn er nicht die heiligsten Ge-
fühle einer Kränernation verletzte, den Jüder-, Meis-
und Kaffeeprofit nicht störte. Sein unbestechlicher
Wahrheitsinn erschwerte ihm nur den Weg. In der
Ankündigung seines Hauptwerkes, seiner „Ideen“,
schrieb er: „Ich werde darin nach Wahrheit streben.
Das ist mein einziges Programm.“ Dies Streben
nach Wahrheit und Gerechtigkeit ließ ihn die „Dumm-
heit“ begehen, seine glänzende Laufbahn mit dem
Elend eines freien Schriftstellers zu vertauschen.
„Kampf der Lüge und Heuchelei“ war seine Parole,
und wenn je einer, so durfte er von sich behaupten:
„Alles, was ich schrieb, ist wahr.“ Das Studium
seiner Werke ist von großem Reiz. Daß sie auch unter
Arbeitern so wenig bekannt sind, ist bedauerlich, wenn
auch verständlich; es wäre zu wünschen, daß es besser
würde. Wer Deker liest, kommt stets auf seine Kosten.
Wer sich hauptsächlich für den „Havelaar“ interessiert,
mag damit beginnen, sonst ist es besser, zuerst ein
anderes Werk, vielleicht die „Millionensünden“ zu lesen,
weil man dann auf dem seltsamen Stil vorbereitet
wird und sich durch die Art der Behandlung des
Stoffes im Havelaar nicht entmutigen läßt. Durch
alle Schriften Multatulis (h. h.: Ich habe viel ge-
tragen) leuchtet die Wahrheit.

„Genuß ist Lügen. Wer die Selbsterniedrigung
als Lügen anpreist, ist ein Betrüger. Es ist kein
Gott, oder er muß gut sein! Wenn er da ist — was
ich rasend gern wissen möchte, und ich bleibe dabei,
daß es seine Sache gewesen wäre, zu sorgen, daß
wir es wüßten — dann, dann dienen wir ihm am
besten durch Genieße n. Des Menschen Be-
ruf ist, Mensch zu sein.“

*) Dieser Resident konnte gegen den „Regenten“
nicht vorgehen, weil der eingeborene Kuppler ihn
Mädchen lieferte.

*) Dr. Mische meint, der Havelaar hätte für
uns besonderes Interesse, weil Deutschland jetzt ja
auch im Besitz von Kolonien gelangt sei. — Sm,
der Schächer!



Der unbeleuchtete Wagen als Autohindernis. (Urteil des Reichsgerichts vom 3. Februar 1912.) Oft genug kommt es vor, daß Wagen auf der Straße stehen bleiben und dadurch Unglück herbeigeführt wird. Jetzt ist ein Fall vom Reichsgericht entschieden, indem ein Unternehmer für seinen Polier haftpflichtig gemacht wird, weil dieser einen Wagen unbeleuchtet auf der Straße stehen ließ und dadurch einen Automobilunfall verursachte. Auf dem Neubau des Wehlagens in Dreisingen in der Nähe von Wörzheim war ein am Nachmittag des 14. August 1906 entladener Sandwägen innerhalb der Hauptlatte stehen geblieben. Der Polier ließ den Wagen auf die Straße stellen, da er bis zum Abend von dem Fuhrmann nicht abgeholt worden war. Da er den Verkehr eventl. stören konnte, stellte er ihn dann auf die andere Straßenseite. Am Abend kam ein Automobil des Fabrikanten K. in Wörzheim auf der Fahrt nach dort an dem Wagen vorbei und streifte ihn so, daß der hintere Teil der Karosserie weggerissen und die Insassen der Rücksitze herausgeworfen wurden. Der neben dem Chauffeur sitzende Fabrikant K. sprang nun, weil er ein Unfallverursacher des Wagens an die gegenüberliegende Häuserwand befürchtete, aus dem Wagen und brach dabei den linken Unterschenkel. Der Fabrikant K. lagte nun gegen den Bauunternehmer Schr. auf Schadensersatz gemäß den §§ 823 und 831 B. G. B. Die erste Instanz, das Landgericht Karlsruhe, erkannte den Anspruch zu drei Vierteln als berechtigt an, da zwar Mitschuld des Verletzten vorliege, aber höchstens zu einem Viertel angenommen werden könne. Auf die von beiden Seiten eingelegte Berufung hin wurde vom Oberlandesgericht Karlsruhe der Anspruch als zur Hälfte berechtigt anerkannt, zur anderen Hälfte abgewiesen. Entgegen der ersten Instanz, so lauteten die Gründe, welche eine Haftung nach § 831 B. G. B. ablehnen, sei gerade nach § 831 der Anspruch als gerechtfertigt zu erklären. Der Fuhrwerksbesitzer K., der den Sandwagen auf dem Neubau stehen ließ, habe auf die Bemerkung des Poliers, er könne den Wagen nicht auf dem Bau brauchen, geantwortet, der Wagen könne schon fort. Der Polier habe dann den Wagen neben den Bau vor das Haus Nr. 263 geschoben, und als er dort den Hauseingang versperrte, auf die andere Straßenseite fahren lassen, wonach er sich entfernt habe, in der Meinung, der Wagen werde schon noch abgeholt. Für diese polizeiwidrige Aufstellung auf der Fahrbahn müsse der Polier verantwortlich gemacht werden, weil sie die Ursache des Unglücks gegeben habe. Ein Einwand, daß der Kläger ja erst nach dem Vorbeifahren des Automobils an dem Wagen aus dem ersten herausgesprungen sei, sei hinwiegend. Durch den Anprall sei das Automobil ins Schwanken geraten und habe in Gefahr gestanden, an gegenüberliegenden Hause anzukommen. Deshalb sei der Zusammenstoß sehr wohl kausal für die Verletzung gewesen und es sei unwesentlich, daß das Abschlagen aus eigenem Entschlusse erfolgt sei. Der adäquate ursächliche Zusammenhang sei also durchaus gegeben. Ebenfalls sei anzunehmen, daß der Polier den Schaden in Ausführung einer ihm obliegenden Verrichtung herbeigeführt habe. Wesentlich sei nur noch die Frage, inwieweit eigenes Verschulden des Klägers vorliege. Daß er herausgesprungen sei, könne ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. Er habe die erforderliche Sorgfalt nicht außer Acht gelassen, wenn er einer Gefahr aus dem Wege gehen wollte, selbst wenn sich die Angst später als unnötig erweisen hätte. Dagegen müsse in der Art, wie das Automobil auf den Wagen losgefahren sei, doch ein Verschulden des Fahrers gesehen werden. Nach den bestehenden Vorschriften habe die Geschwindigkeit von Kraftwagen innerhalb von Ortschaften nur 12 Kilometer, außerhalb derselben 30 Kilometer betragen dürfen, sie habe aber bei dem Automobil des Klägers an der Unfallstelle mindestens 25 Kilometer betragen. Dabei sei der Kläger mit dem Straßen vertraut gewesen und hätte auf die Schließbarkeit derselben, sowie auf die Nähe des Neubaus Rücksicht nehmen müssen. Dem Fabrikanten könne doch, da er mit der Lenkung des Autos nicht vertraut war, der Vorwurf der Unachtsamkeit nicht erspart bleiben. — Die von dem Kläger eingelegte Revision beim Reichsgericht wurde als unbegründet zurückgewiesen und somit die Begründung des Vorderrichters bestätigt.

Ueber Automobilindustrie und Presse unterhielten sich in letzter Zeit die kapitalistischen Fachblätter. Von Bedeutung für uns ist dabei das Geständnis, daß die vielen Artikel, die anlässlich der Bundesratsverordnung und der späteren Aenderung von der Industrie in die Presse lanciert worden sind. So macht sich die kapitalistische Fachpresse zum Schildhalter des Automobilkapitalismus. Wo dann die Interessen der Chauffeure bleiben, kann jeder Kollege selbst ausrechnen. Es gibt nur eine Zeitung, die die Interessen der Chauffeure nachdrücklich vertritt: das ist der "Courier", Zentralorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Um den Widerstand der streikenden Pariser Chauffeure zu brechen, wurden schnell "Eleven" —

ausgebildet. Da die Kommission nicht nur Drohkentnerzeit mit, sondern auch Alteste für Automobile aller Art auszustellen hat, beschloßen die Streikenden den Plan ihrer Gegner zu durchkreuzen. Sämtliche Streikenden meldeten sich zur Prüfung für Automobile aller Art. Dadurch konnten die "Eleven" in einigen Jahren zur Prüfung. So lange wird der Streit kaum dauern.

Rückzahlung der Stempelbeträge. Wir teilten feinerzeit mit, daß die Oberzolldirektion Berlin sich plötzlich weigerte, die zu Unrecht erhobene Stempelgebühr weiter auszusuchen. Am 31. Januar d. J. hat nun der Minister der Oberzolldirektion eine Verfügung zugehen lassen, wonach diese neuerdings angewiesen wird, die Stempelbeträge auf Antrag unbefristet zurückzugeben. Der Minister erkennt ebenfalls die Berechtigung der Auffassung der Oberzolldirektion Berlin an — das Pflicht auf die Wunde —, ebenso aber, daß es eine besondere Härte bedeuten würde, wenn die Antragsteller mit Stempelabgaben infolge der entschuldigten Untertun der Verze be-lastet würden. Der Minister beabsichtigt, deshalb den gnadenweisen Erlass dieser Zeugnisempfel aus Billigkeitsgründen beim Kaiser zu erbitten. Die Erstattung der Stempel soll aber schon jetzt erfolgen.

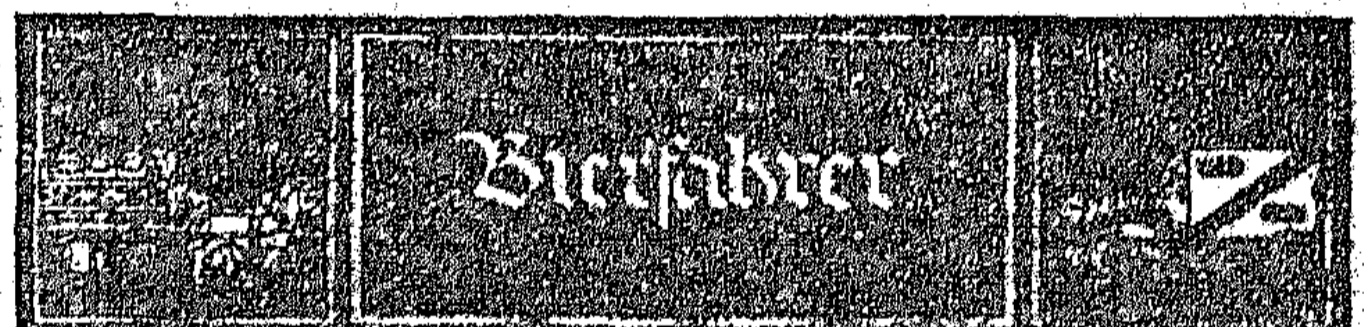
Der Frankfurter Automobil-Club hat aus dem Chauffeurprämienfonds 13 Chauffeure für fünfjährige Dienstzeit bei dem gleichen Autobesitzer je 50 Mk. ausbezahlt. Das macht pro Jahr 10 Mk. Das ist zwar eine recht niedrige, aber naturgetreue kapitalistische Einschätzung der berühmten „deutschen Tene.“ Wie wärs mit mehr Lohn, verehrte Herren?

Zum Siegeszug der Kraftdroschken. Sowohl in Nürnberg, als wie auch in Frankfurt a. M. soll die Zahl der Kraftdroschken vermehrt werden. In Frankfurt wird auch eine Kurzentrale errichtet, die von vorläufig 12 Stellen direkt angerufen werden kann.

Zimmer langsam voran. Als die ersten Eisenbahnen gebaut werden sollten, machten allzu ängstliche Leute den Vorschlag, die Bahnanlagen mit hohen Pflanzen einzufriedigen, weil sonst zu befürchten stünde, daß die „große Geschwindigkeit“ das Hirn der Fußgänger verwirren würde.

In Magdeburg ist eine neue Straßen-Polizeiverordnung in Vorbereitung, welche nach § 38 des Entwurfs für alle Fahrzeuge, mit Ausnahme der Gefährliche der Feuerwehr, eine größere Geschwindigkeit als 15 Kilometer in der Stunde verbietet.

In Berlin herrscht ein riesenhafter Verkehr, ein Verkehr, dem gegenüber Magdeburgs Verkehr Steinbrügel ist — in Berlin ist größte Geschwindigkeit auf 25 Kilometer festgesetzt und selbst kleine Ueberschreitungen dieses Maximums werden nur aus der Gesamt-fahrzeit berechnet. Wann wird Krähwinkel Magdeburg aufhören, Krähwinkel zu sein? In Magdeburg lachen die Pferde, wenn sie ein Auto sehen.



Berlin. Die in den Brauereien tätigen Kollegen hielten ihre zahlreiche besuchte Branchenversammlung am Dienstag, den 6. Februar ab. Die Branchenleitung teilte mit, daß durch den Zusammenschluß verschiedener Brauereien und durch den Aufkaufungsprozess der kleineren Brauereien durch die großen Betriebe die Situation für unsere Kollegen eine wesentlich andere geworden sei. Im letzten Jahre seien beispielsweise in den Lagerbierbrauereien eine ganze Anzahl mittlere Brauereien von der Bildfläche verschwunden. Das selbe gelte von den Weißbierbrauereien. Ganz besonders mache sich der Zusammenschluß in den Malzbierbrauereien bemerkbar und es spreche alle Anzeichen dafür, daß diese Kapitalkonzentration in kurzer Zeit ihrer Vollendung entgegengehe. Daß dadurch die Lage unserer Kollegen eine immer schwieriger werde, liege auf der Hand. Denn durch den Zusammenschluß der Brauereien und der fortschreitenden Technik in den maschinellen Einrichtungen werden Tausende von Kollegen brotlos. Ähnlich verhalte es sich beim Fahrpersonal. Durch die Zusammenlegung der Touren und durch die Einführung der Kraftwagen werden auch hier zahlreiche Kollegen brotlos gemacht. Es soll zugestanden werden, daß es vielen Kollegen durch unsern Arbeitsnachweis gelang, in anderen Betrieben Arbeit zu erhalten. Trotzdem sind zur Zeit noch Hunderte von Kollegen arbeitslos und würden, noch wochenlang arbeitslos sein. Redner bemerkt, daß durch die hier angeführten Tatsachen am schlagendsten die Notwendigkeit und praktische Bewertung der Betriebsorganisation überdeutlich ist. Mancher Kollege Bierfahrer, der bisher die Betriebsorganisation als die allein seligmachende angepriesen hat und es bis dato weit von sich wies, mit Arbeitsnachweiser, Geschäftsführern, Kohlenarbeitern usw. in einer Organisation zu sein, ist heute mit diesen in einem Betriebe tätig und fühle sich, da die Arbeitsverhältnisse geregelt sind, sehr wohl unter diesen Kollegen. Des weiteren hemmte Redner das, trotzdem die Lage unserer Kollegen keine glänzende ist, sie dennoch die Branchenversammlungen, welche zur Aufklärung und Befeh-

lung dienen, nicht in der Zahl besuchen, wie es die Zeitverhältnisse erfordern. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit innerhalb der Branche eine sehr wirksame im Interesse unserer Kollegen gewesen sei. Es haben 29 Branchenversammlungen für die einzelnen Gruppen stattgefunden, Betriebsversammlungen 237, Vertrauensmännerversammlungen 11, Branchensektionsversammlungen 5, Verhandlungen mit Brauereien 174, Kartell- u. Ausschussversammlungen 14. Diese wurden an Brauereien 176 gesandt, von Brauereien sind 149 Schriftstücke eingegangen. Renaufnahmen sind 449 eingegangen. Wenn trotzdem das Stärkeverhältnis nicht befriedige, so sei in Betracht zu ziehen, daß durch die Arbeitslosigkeit im Braugeverbe ca. 250 Kollegen Fahrer in anderen Betrieben Arbeit erhalten haben, in weit größerem Maße treffe dies für die Kollegen aus dem inneren Betriebe zu und kämen diese selbstverständlich für unsere Gruppe nicht mehr in Betracht. Die Wahl der Branchenleitung wurde dahin erledigt, daß alle Gruppen in derselben vertreten sind, so können die Interessen der Kollegen vertreten und die Agitation gefördert werden. Der Branchenleiter teilte mit, daß am 18. Februar für die Kollegen aus den Brauereien bei Doeler in der Weberstraße 17 ein Lichtbildvortrag stattfinden, rege Teilnahme sei Pflicht. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die nächste Funktionärerversammlung am 22. Februar bei Voran, Andreasstraße stattfinden. Ferner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß in der nächsten Branchenversammlung die Delegierten zur örtlichen Generalversammlung gewählt werden. Da weiter in diesem Jahre der Verbandstag in Breslau tagt, wurde beschlossen, in der nächsten Branchenversammlung hierzu Stellung zu nehmen. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß einige kleinere Lohnbewegungen und Regelungen der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Gruppen vorgesehen seien. Nach einer anregenden Diskussion seitens der Kollegen schloß die Versammlung.

Halle a. S. Die in unserem Verband organisierten Bierfahrer und Flaschenbier-Kellereiarbeiter hielten am 4. Februar eine Versammlung ab, die sich mit den Forderungen beschäftigte, welche die am 28. November v. J. gewählte Kommission aufgestellt hatte. Die in sogenannten Vertragsvorlagen normierten Lohnsätze usw. wurden gut geheißen und folgende Resolution einstimmig beschlossen:

„Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Bierfahrer und Kellereiarbeiter in den Biernebelagen, sowie die Bierfahrer in den Brauereien Halles beauftragen die Leitung ihres Verbandes mit der sofortigen Einreichung der aufgestellten Forderungen und besprechen im übrigen, alles daran zu setzen, um dieselben mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen.“

Die Einreichung der Vorlagen nebst entsprechendem Begleitschreiben sollen an den Brauereiverband, Bezirk Halle a. S., an die Biernebelagen der Brauereien Niebeck u. Co., Karl Berger, Sternburg, Döllnitz, Schultze und an die Schweinebierbrauerei Hierselbst, vor sich gehen. — Nach Entgegennahme einer Reihe besonderer Wünsche, die bei den eventl. Verhandlungen mit den Arbeitgebern mit vorgebracht werden sollen, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Leipzig. Die Fass- und Flaschenbierarbeiter hielten am 4. Februar ihre Quartalsversammlung ab, in welcher der Genosse Nyssel einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung“ hielt. Hieraus erflachte Kollege Redner den Bericht der Sektionsleitung über ihre Tätigkeit im verfloßenen Jahre. Aus dem gemachten Ausführungen ging hervor, daß die Sektionsleitung über Arbeitsmangel im letzten Jahre nicht zu klagen hatte. Der Monatslohn des Lohnstarifs mit den Ringbrauereien hat recht viel Arbeit verursacht. Nachdem in den Ringbrauereien die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt waren, mußte die Sektionsleitung ihr Augenmerk darauf richten, daß auch in den Biernebelagen eine Neuregelung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgte. Diese Tätigkeit war von Erfolg gekrönt und wurden mit den in Betracht kommenden Firmen Verträge vereinbart. Das Gleiche geschah auch in den Malzfabriken Grostroffitz, sowie in der Brauerei Kleintroffitz. Zu unliebsamen Differenzen kam es in der Brauerei Markranstädt. Dem dort beschäftigten Böttcher Gräger scheint es ganz besonders auf die Nerven gefallen zu sein, daß in diesem Betriebe organisierte Transportarbeiter tätig sind. Herr Gräger täte viel besser, auf seine Vergangenheit zu blicken und Einkehr zu halten, als sich an organisierten Arbeitern zu reiben. Sollte Herr Gräger sein Verhalten unseren Kollegen gegenüber nicht ändern, so müßten wir Veranlassung nehmen, dem Herrn ein Dulletchen zu binden, bei dessen Ueberreichung er keinen Gefallen daran finden dürfte. In einer Anzahl Betriebe kam es zu Differenzen, die durch Eingreifen der Sektionsleitung ihre Erledigung fanden. Die Sektion hat im verfloßenen Jahre einen schönen Fortschritt zu verzeichnen. Am Jahreschluß wurde festgestellt, daß 829 Kollegen unsern Verband als Mitglieder angehören, die in Brauereien, Biernebelagen und Mineralwasserfabriken tätig sind. Im übrigen verwies Redner auf den gedruckten Geschäftsbericht und empfahl denselben zum fleißigen Studium. — Mit der Tätigkeit der Sektionsleitung waren die Kollegen einverstanden. In die Sektionsleitung wurden die Kollegen Fischer, Fröhlich, Kraß und Mannmann wiedergewählt. An die Stelle des freiwillig

ausscheidenden Kollegen wurde Kollege Richter gewählt. — Unter Gewerkschaftliches fand eine lebhafte Aussprache über die horrend verteuerten Lebensmittel statt. Die Diskussion endete damit, daß aus der Mitte der Versammlung nachstehender Antrag gestellt und einstimmig angenommen wurde:

Die Verbandsleitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wird beauftragt, mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften sich zu dem Zweck in Verbindung zu setzen, gemeinsam beim Brauereiverein Leipzig dahingehend vorstellig zu werden, daß allen in Brauereien und Bierneiederlagen beschäftigten Arbeitern eine einmalige Teuerungszulage gewährt wird.

Mit einem Hinweis auf das am Sonnabend, den 10. Februar in den Räumen des Volkshauses stattfindenden Winterfestes, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

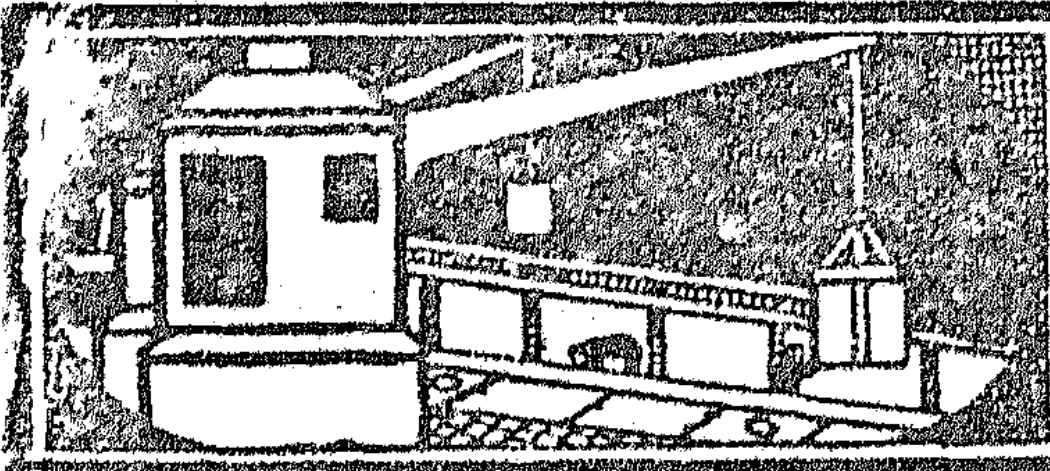


Leipzig. Die Sektion der im Buchhandel sowie in Buchbindereien und Papiergeschäften beschäftigten Kollegen hatte sich am 26. Januar zu einer Versammlung eingefunden. Der Berichterstatter hob zunächst hervor, daß mit der Agitation intensiv eingeleitet wurde. Galt es ja, auf den Hauptzweck, die Tarifrevision hinzuarbeiten. Leider brachte die Tarifrevision eine unzureichende Entschädigung, denn die Behörde sowohl als auch die Unternehmer versagten vollständig; vielmehr wurden Anordnungen getroffen, welche den gewerkschaftlichen Abmachungen Lohn sprachen. Einen großen Streit hatte man unüberwindlich bestritten und hierzu alle möglichen Vorbereitungen getroffen: Automobilkraftwagen gemietet, Fürsorge für Arbeitswillige

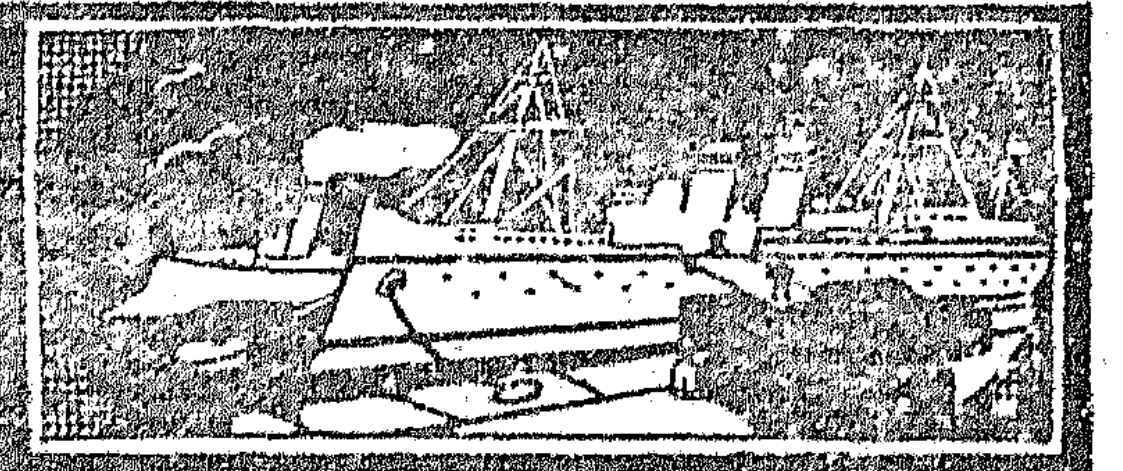
zum Ueberrachten vorgesehen, ja sogar einen Rechtsanwält engagiert, welcher die Ruheförder für den Staatsanwalt reif machen sollte! Hieraus ist zu folgern, daß wir in Zukunft schweren Kämpfen entgegengehen, deshalb heißt es zu rufen und den kommenden Dingen mit Ruhe und Sicherheit entgegenzusehen zu können. In Bedeutung hat der Tarif eingeleitet, denn er steht wohl auf dem Papier, findet aber selten Beachtung. Die große Firma Fr. Wolmar z. B. beging schon 1908 einen glatten Tarifbruch. Durch verschiedene zur Verlesung gebrachte Schreiben wird festgestellt, daß der Buchhändler-Gilfsverband wohl seine Mitglieder schützt, den Tarif jedoch fast unbeachtet läßt. Sind doch in 16 Formen Abweichungen bei Lohnzahlungen festgestellt worden. Ferner sind bei obengenannter Firma vor kurzer Zeit über 3000 Mk. an zurückbehaltene Ueberstundenentschädigungen an die Kollegen zur Auszahlung gelangt. Ständigen Anlaß zur Klage wegen schlechter Behandlung lieferte die Firma Th. Thomas. Hier ist regelmäßig viel Arbeit zu leisten, aber wenig Zeit zum Eigenentnehmen — Eine weitere tarifwidrige Rolle spielten Messe- und Weihnachtsgelder-Entschädigungen. Verschiedene andere Differenzen verursachten eine lebhaftere Korrespondenz, welche entgegen der geschäftlichen Usance immer mehrere Wochen nicht beantwortet wurden. — 7 Versammlungen und 35 Sitzungen haben stattgefunden. — In Buchbindereien wurden mehrere erfolgreiche Maßnahmen durchgeführt. Der Tarifabschluß ist im großen und ganzen als gelungen zu betrachten. Die sich bemerkbar machenden Differenzen bedingen, auf der Hut zu sein. Hier ist ein recht betrübendes Bild zu beachten; teilweise ist es vorgekommen, daß ältere Kollegen entlassen und jüngere für billigen Lohn eingestellt wurden. Weiter ist beachtlich, daß eine Anzahl Firmen den Tarif überhaupt nicht anerkennt. In dieser Sachlage muß für gut, Organisation gefordert werden, damit diesem Treiben in erforderliche Weise gebient werden kann. — In 35 Sitzungen und 5 Versammlungen wurden die erforderlichen Grundlagen geschaffen.

Von der Papierbranche kann leider Günstiges nicht berichtet werden. Das sich anfangs zeigende Entgegenkommen der Unternehmer war bald verfliegen; an diesem Verhältnis ist lediglich das minimale Organisationsinteresse der Kollegen schuld. — Die Agitation unter unseren Kollegen in Buch- und Steinendruckerei ist eine Aufgabe der kommenden Zeit. Erwähnt wird eine erfolglose Eingabe bei der Oberpostdirektion betr. den 7 Uhr-Schalterschuß. — In der Diskussion wird unter anderen für die „Leipziger Volkszeitung“ eingetreten. Die Sektionsleitung wird von 7 auf 9 Mann verstärkt und werden gewählt: Kuhnert, Stange, Bestner, Gausauge, Dittmann, Schumann, Altstädt, Brückner und Plage. Im Schlußwort wird sowohl für guten Versammlungsbefuch als auch zur regen Agitation für den Verband aufgefordert.

Zwickau-Plauen. Die Lohnbewegung der Einklassiger der Singer Co., Nähmaschinenaktiengesellschaft, für den Bezirk Zwickau-Plauen ist für beendet erklärt. Die Direktion hat es nicht für nötig gehalten, der Verbandsleitung eine Antwort zu geben, aber es für geboten erachtet, um Weiterungen zu vermeiden, zunächst einhellig der Angelegten eine wöchentliche Zulage von 3 Mk. zu gewähren, und erst auf eine dringende Mahnung der Verbandsleitung auch den übrigen Einklassigern obige Zulage gewährt. Die Einklassiger haben hierauf die Bewegung beendet. Daß nicht mehr erreicht wurde und daß die Kollegen auch ferner unter den drückenden Verhältnissen arbeiten müssen, verdanken sie den nichtorganisierten Mitarbeitern, die um die Früchte der Organisationsstätigkeit mit einzustehen, ohne etwas dafür geleistet zu haben, ja den weiteren Erfolgen gerade im Wege gestanden haben. Hauptächlich sind es die kleineren Orte wie Meerane, Glauchau, Grimnitzschau, Verdau, Reichenbach und eine große Anzahl Einklassiger in Plauen, die ohne Verband auskommen glauben. Wir ersuchen deshalb wiederholt unsere Kollegen, bei Einkäufen bzw. Abschließen nach der Kontrollkarte des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu fragen.



Hafenarbeiter



Zur wirtschaftlichen Lage. In der Wirtschaftlichen Rundschau der „Sanja“ stellt Mercator folgende „statistische Verkehrszahlen“ zusammen:

Verkehr in	Reg-Tons	Januar bis Dezember		
		1910	1911	± %
Hamburg	n.	12 656 000	13 176 000	+ 4,1
Bremen	n.	3 463 657	3 903 747	+ 12,5
Stettin	n.	1 076 419	2 376 619	+ 20
Emden	n.	1 218 338	1 286 624	+ 5,6
Lübeck	n.	884 923	869 741	- 1,7
Rotterdam	n.	10 876 507	11 267 995	+ 3,6
Antwerpen	n.	10 761 070	11 346 535	+ 5,5
Amsterdam	br.	8 556 320	8 570 151	+ 0,4
Englische Häfen	n.	41 618 665	41 943 559	+ 0,8

Mercator gibt dieser Zusammenstellung folgenden Kommentar:

Nimmt man die drei größten Nordseehäfen Hamburg, Rotterdam und Antwerpen, so ist festzustellen, daß die größten Fortschritte wieder, wie so oft, Antwerpen aufzuweisen hat. Dagegen ist Rotterdam mit seinem verhältnismäßigen Zuwachs etwas hinter der Prozentziffer Hamburgs zurückgeblieben. Der Zuwachs Hamburgs (4,1 pCt.) ist nicht gerade weitbewegend, wenn wir uns beispielsweise vergegenwärtigen, daß die Zunahme des Güterverkehrs auf den deutschen Eisenbahnen, an den Einnahmen gemessen, um 7,8 pCt. sich gegenüber dem Vorjahre gesteigert hat. Auffällig gering ist die Zunahme des Verkehrs in den englischen Häfen, zum Teil wohl eine Folge der großen Verkehrsstockungen im Sommer, die der Streit der Seelente und Eisenbahner hervorgerufen hatte. Die verhältnismäßig größten Fortschritte hat der Ostseehafen Stettin gemacht. Auch dies hat seine Gründe. Denn der Osthafen hat infolge der Einstellung der Elbeschiffahrt viel von dem Verkehr an sich ziehen können, der sonst den Weg über Hamburg genommen haben würde. Freilich würde es falsch sein, allein auf diese Tatsache die Zunahme Stettins zurückzuführen. Die bessere Lage des Ostseegeschäfts und der Trampschiffahrt haben ihr Teil sicher zu der Besserung beigetragen. Recht erfreulich ist auch die Verkehrszunahme Bremens, die ihre Ursachen allerdings zum Teil auch in den Schwierigkeiten hat, die die abnorme Trockenheit des Jahres 1911 herbeiführte. Einen nicht so großen prozentualen Zuwachs, wie in früheren Jahren, hatte der Emdener Hafen. Allen Anschein nach ist der Beharrungszustand im Emdener Verkehr nach der rapiden Aufwärtsentwicklung der ersten zwölf Jahre erreicht, und die Folgen des häufig angegriffenen zu hohen Kanalgebührentarifs werden möglicherweise in den nächsten Jahren scharfer hervortreten.

Mercator gibt sich ja Mühe, den Zuwachs recht natürlich zu erklären, und er gibt sich den Anschein, als ob der Zuwachs nicht zufriedenstellend wäre. — Rechnen wir aber die Verkehrszahlen der fünf größten deutschen Häfen zusammen und stellen diese gewonnene Zahl im Vergleich zu der vorjährigen, so ergibt sich eine Steigerung von 20 154 337 Tons um 1 458 394 Tons auf 21 612 731 Tons. Das ist eine Steigerung von 7,2 pCt. Wenn, wie anzunehmen, die zahlreicheren

kleineren und kleinsten Häfen ebenfalls eine Zunahme des Hafentrafiks zu verzeichnen haben, dann dürfte die Zunahme des deutschen Hafentrafiks mit der Steigerung der Einnahme der deutschen Eisenbahnen aus dem Güterverkehr Schritt halten. Es ist übrigens nicht angängig, die Steigerung der Einnahme der Eisenbahn mit der Steigerung des Seehafentrafiks in den Häfen in Vergleich zu setzen. Der Eisenbahnverkehr dient zum großen Teil dem ausschließlichen Inlandshandel und hat auf den Außenhandel (zwar nicht geringen, aber) nur bedingten Einfluß. Immerhin müssen wir Mercator zustimmen, wenn er die Zunahme des Hamburger Verkehrs nicht imponierend findet. Wenn Hamburg noch an der Spitze der kontinentalen Häfen marschiert, so hat die deutsche Reichspolitik daran wenig Verdienst. Und wenn Emden eines guten Tages von der ausländischen Konkurrenz erdrückt wird, dann trifft die Schuld die reaktionäre Wirtschaftspolitik Preußen-Deutschlands. Die zahme Auspielung auf die Kanalkassen ist nur zu berechtigt. Wir haben schon mehrfach auf den Widerspruch hingewiesen, der darin liegt, erst unter Millionenaufwand einen Kanal zu bauen, der gewissermaßen eine deutsche Rheinmündung schaffen sollte und dann auf diesem Kanal den Verkehr durch prohibitive Abgaben fast lahmzulegen und ihn gewaltsam in ausländische Häfen zu lenken. Ein gutes Kanalnetz ist für den Hafenbetrieb, ja für die gesamte Volkswirtschaft unersetzlich. Jede durchgreifende Tätigkeit kann aber, dank der sagenhaften deutschen Einnahme, durch Preußens Dreiklassenantrag verhindert werden. Der gibt nur solchen Projekten die Zustimmung, wodurch Handel und Schifffahrt belästet werden. Das vom schwarzblauen Reichstag noch schnell verabschiedete Schiffahrtsabgabengesetz ist ein Bastard des preussischen Junkerparlamentes.

Durch die deutschen Schiffahrtszeitungen ging kürzlich folgende Notiz: „Der russische Verkehrsminister berief bekanntlich im Januar 1910 eine besondere Kommission ein, zum Ausarbeiten eines Planes, den Dniepr auf den Stromschnellen schiffbar zu machen, wodurch eine Verbindung zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer hergestellt werden würde. Von der Kommission ist ein Plan ausgearbeitet und am 27. Dezember dem Minister zur Bestätigung vorgelegt. Die Kosten des Baues sollen 30 833 433 Rubel sein. Durch Annahme dieses Plans würde Rußland einen 4100 Werst langen Schifffahrtsweg erhalten.“ Wir sind wirklich schon hinter den Russen angelangt. —

Es spricht für die ungeheure Kraft, für die stählerne Gesundheit des hauptsächlichsten Faktors der deutschen Volkswirtschaft, nämlich der Arbeiterklasse, obgleich (richtiger: gerade weil) ihr überwältigend größter Teil sozialdemokratisch verfeuert ist, daß wir allen handels- und verkehrsfeindlichen Projekten zum Trotz, volkswirtschaftlich doch vorwärts schreiten. Die unmoralische und kulturfeindliche ungerechte Verteilung der Güter bewirkt allerdings, daß nicht die Arbeiter, sondern ihre Feinde, ihre Ausbeuter den größten Vorteil aus der Volkswirtschaft ziehen. Ueber die glänzenden Ergebnisse der Hamburg-Amerika-Linie und der Hanfa-Linie haben wir schon berichtet; inzwischen wurde bekannt, daß die Austral-Linie ihre Dividenden von 9 pCt. auf 11 pCt. erhöhen will. Und die Dampfschiff-

fahrtsgesellschaft „Neptun“ erhöht ihre Dividende gar um 3 pCt., von 7 pCt. auf 10 pCt. Wie steht es demgegenüber mit den Hafenarbeitern? Greifen wir die Skalarbeiter, eine der gedrücktesten und schlechtest bezahlten Kategorien heraus. Schon in letzter Nummer machten wir auf den Standal aufmerksam, daß die „freiwillige“ Lohnerhöhung von 20 Pf. von den Arbeitern getragen werden mußten. Zur näheren Aufklärung diene noch dies: Seit dem Jahre 1907 haben die Skalarbeiter am Staatskal keine Verbesserung des Akkordtarifs sowie des Lohnvorschlusses, der jetzt 4,20 Mk. beträgt, erhalten. Der Lohn für Hilfsarbeiter (gelbe Karten) von 4 Mk. pro Tag, sowie für Gelegenheitsarbeiter 3,60 Mk. pro Tag, ist ebenfalls seit 1907 nicht aufgebessert. Diese Kategorien sind bei der in der bürgerlichen Presse mit großem Tamtam verkündeten „freien Entschliebung der Arbeitgeber“ (hier der Staat) völlig leer ausgegangen. Eine Erhöhung haben nur die Hilfsarbeiter (graue Karten) von 3,80 Mk. auf 4 Mk. erhalten. Aber auch diese geringe Aufbesserung für zirka 257 Arbeiter (nach der Abrechnung vom Dezember 1911) bezahlt nicht der Staat Hamburg, sondern die 20 Pf. pro Tag werden dem Akkordkorps in Rechnung gestellt und in den vierwöchentlichen Lohnperioden in Abzug gebracht. Vom 20. November bis 9. Dezember mußten sie für 76,46% Tagewerke a 20 Pf. 1529,30 Mk. und ab 10. Dezember bis 6. Januar 1912 für 10 245% Tagewerke 2053,15 Mark für die Hilfsarbeiter mit grauer Karte bezahlen. Zu einer Aufbesserung der Akkordätze hat der Staat sich trotzdem nicht aufschwingen können. Es vermünderte sich denn auch der Akkordüberschuß in diesen Lohnperioden auf 1 Mk. resp. 0,28 Mk. pro Tag, gegenüber dem Durchschnitt in den vorherigen 11 Perioden von 1,11 Mk. pro Tag. — Wahrlich, es gehört schon ein „großer Mut“ dazu, aus „freier Entschliebung“ den Lohn zu erhöhen, ohne etwas dafür zahlen zu brauchen. Das ist das Schandbare dieser Prämienlohnsheme.

Und die schwerreiche Hamburg-Amerika-Linie? Eine andere Nummer, aber derselbe Faden. Die Hamburg-Amerika-Linie, bei der daselbe Akkordsystem besteht wie am Staatskal, hat in den Lohnperioden vom 13. August bis 9. September 5000 Mk., vom 10. September bis 7. Oktober 3000 Mk. zum Akkordzuschießen müssen, wie die Direktion angibt, mit Rücksicht auf den gestiegenen Bahnverkehr der letzten Zeit. (?) Da ein Akkordüberschuß, wenn die Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag, für Hilfsarbeiter von 4 Mk. auf 4,20 Mk. und für Gelegenheitsarbeiter von 3,40 Mark auf 3,60 Mk., dem Akkordkorps aufgehaßt wäre, nicht übrig blieb, mußte die Direktion diesen Arbeitern eine Zuzahlung von 20 Pf. pro Tag machen für die Lohnperiode vom 5. November bis 2. Dezember. In der Periode vom 3. bis 30. Dezember hat sie den Akkord a) für direkte Anlieferung der Güter an Schiffen um 1/2 Pf., von 11 1/2 Pf. auf 12 Pf. für 100 Mio. und für über den Kal an Schiffen gelieferte Güter von 5 1/2 Pf. auf 6 Pf. erhöht. Zugallem war eine weitere Extrazuzahlung von 10 000 Mk. erforderlich. Diesmal mit Rücksicht auf die in letzter Zeit hervorgetretenen Schwierigkeiten bei der Bearbeitung

bringt heute nur den Besitzenden neue Profite, allen Abhängigen, vermehrte Ausbeutung und neue Sklavensesseln. Wie lange? Bis wir die Macht haben, die Güter gerecht zu verteilen.

Hamburg I. Branche Schauerleute. Mitgliederversammlung am 28. Januar. Karpiński gab den Bericht der Branchenleitung. Obwohl das Jahr 1910 ein sehr arbeitsreiches war, so hat das Jahr 1911 keineswegs hinter denselben zurückgelassen. Die Agitationsarbeit war eine sehr rührige. Es wurden abgehalten: 11 Mitgliederversammlungen; davon eine mit der Branche seitarbeiter, 21 Sitzungen der Obmänner, wovon 4 gemeinschaftliche und 106 Betriebszusammenkünfte. Die Tarifkommission hielt 12 Sitzungen ab. Am Schlusse des Jahres 1910 hatten wir 2093 vollzählende Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1911 dagegen 2813. Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 1143 Kollegen. Dieses Resultat zeigt, welche guten Fortschritte die Organisation trotz der kolossalen Anstrengungen der Gegner macht. Die Sektion der Hafnarbeiter hat im ganzen bedeutende Fortschritte gemacht. Aufgenommen wurden im letzten Jahre 2769 Kollegen, so daß die Mitgliederzahl der Sektion am Schlusse des Jahres 11 259 betrug. Die gewaltigen Fortschritte der Organisation müssen nun den Ansporn zur weiteren Aufrüstungsarbeit geben und es darf nicht eher geruht werden, bis auch der Letzte dem Verbandszugeführt ist. Vor allen Dingen muß immer und immer wieder auf die Zusammenhaltung des bestehenden Tarifs hingewiesen werden. Im Laufe des verfloffenen Jahres wurden 28 Klagen mit 129 Beteiligten vor dem Gewerbegericht vertreten; davon wurden 12 gewonnen, 7 durch Vergleich erledigt, 4 zurückgezogen und 5 abgewiesen. Auf diesem Gebiete ließe sich vielmehr erreichen, wenn die Einbringung der Klagen von Seiten der Kollegen präziser gehandhabt würde. Die erschreckende Zahl der schweren Unfälle im letzten Berichtsjahr könnte bedeutend herabgemindert werden, wenn von allen Seiten die Unfallverhütungsvorschriften mehr beachtet würden. Jeder Kollege hat die Pflicht, alle Unfälle sowie Mißstände zu melden, denn hier kann nur die Organisation helfen; von den Arbeitgeberern ist wenig zu erwarten. Es sind im vergangenen Jahr mehrere Kollegen bestraft worden wegen Fahrlässigkeit (fogar mit Gefängnis), trotzdem die Wigen die Arbeiten so angeordnet haben. Von Seiten der Hafeninspektion wird den Arbeitern die Schuld in die Schuhe geschoben: es heißt eben, sie hätten nicht so arbeiten dürfen. Wer also nicht mit dem Strafgesetz in Berührung kommen will, lasse sich nicht dazu verleiten, unvorschriftsmäßige Arbeiten auszuführen. In der Diskussion wurde noch besonders auf die Unfallmeldungen hingewiesen. Vieles kommt gar nicht in die Oeffentlichkeit. Geschaß es doch kürzlich, als auf einem Dampfer der S.-M.-L. der Schauermann Pannide durch einen Ladebaum erschlagen und dem Bootsmann die Beine gebrochen wurden, daß die bürgerlichen Blätter nicht einmal einen Hinweis brachten, und so geht es in recht vielen Fällen. Dieses Beispiel beweist ferner, wie notwendig es ist, daß jeder Arbeiter auf die Arbeiterpresse abonniert, und dies ist das „Hamburger Echo“. Dieses Blatt scheint sich nicht, berechnete Kritik an den Zuständen zu üben. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung gibt Karpiński bekannt, daß Branchen, deren Mitgliederzahlen über 1000 betragen, eine Leitung von 5 Personen (bisher drei) zu wählen haben. Dieser Beschluß ist gefaßt worden, um den Branchenleitern mehr Unterstützung zukommen zu lassen. Dazu bedarf es aber auch der vollen Kraft und Aufopferung der zu wählenden Kollegen, da das vor uns liegende Jahr noch recht viel Arbeit bringen wird. Die Neuwahlen ergaben folgenden Resultat: Karpiński als 1. Vorsitzender, de Noke als 2., Hölzel als Schriftführer und Jahn und Pöppe als Beisitzer. Das Amt als Zirkonkontrollleur übernahm E. G., H., S., B. und F. Als Ortsverwaltungsmitglied wurde Schneider in Vorschlag gebracht und zur Kontrollkommission der Ortsklasse Hölzel. Am Schlusse verlas K. ein Schreiben, worin eine hiesige Kohlenfirma im Falle einer Mobilmachung mehrere hundert Arbeiter zum Bunkern der Kriegsfahrzeuge sucht. Den Besammelten wurde empfohlen, die Sache mit Vorzicht zu behandeln. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Branche Segelmacher. Versammlung am 25. Januar. Den Branchenbericht erstattete W. Betreffs des Arbeitsnachweises bemerkt der Redner, daß, da zur Zeit nicht genügend Segelmacher am Plage sind, wir den Nachweis Brandschwiele in mehreren Fällen in Anspruch nehmen mußten. Außerdem hat die Branchenleitung veranlaßt, daß in vier verschiedenen Seestädten die Verbandsnachweise in unserm Auftrage Arbeitskräfte besorgen sollen. Eine Werkstättenversammlung der Firma Baal, die sich mit den verschiedenen Arbeitsarten beschäftigte, fand darin ihre Erledigung, daß zwei von den dort beschäftigten Kollegen beauftragt wurden, bei dem Arbeitgeber deswegen vorstellig zu werden. Desgleichen erledigte sich eine Zusammenkunft der Kollegen der W. L. Betreffs der Weihnachtskommission macht die Branchenleitung den Vorschlag, die bisher aus drei Personen bestehende Kommission auf die Zahl von fünf Personen zu erhöhen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Die Kommission, die noch gewählt werden muß, wird die Postfrage erledigen; außerdem wird sie die Regelung des Festes in die Hand nehmen. Bei den Wahlen zur Branchenleitung wurde die bisherige Leitung wiedergewählt. Unsere Arbeitsnachweis-Kommission wird, da sie erst ein Vierteljahr in Tätigkeit ist, bestimmen ihr Amt für dieses Jahr beibehalten. In die Fahnenkommission werden F. S. und H. gewählt, als Stellvertreter M. Es wurden dann die Wahlen für die Weihnachtskommission sowie des Festkomitees für unser Stiftungsfest vorgenommen. Kollege D. gibt bekannt, daß er der diesjährigen Beurlaubung

beizuwohnen wieder berufen wurde. Einige Kollegen von verschiedenen Betrieben fragen an, ob in allen Werkstätten der erhöhte Satz des Invalidengeldes in Abzug gebracht wird. In der hierauf folgenden Diskussion stellt Rogal den Antrag, in der nächsten Versammlung diesen Punkt in Form eines Resolutionsentwurfes zu behandeln und die Branchenleitung mit der Versorgung des Referenten zu betrauen. W. macht dann noch bekannt, daß unsere Obmannsitzungen stündig den letzten Sonnabend vor der Versammlung stattfinden, und macht die Kollegen auf die Entnahme der Extramarken für die Tabakarbeiter aufmerksam.

Die „gemäßregelten“ Streifbrecher. Die Firma Schweitzer in Duisburg hat, nachdem sie bereits vor Weihnachten 4 Streifbrecher rausgeworfen hatte, jetzt sämtlichen Hausreißern den Stuhl vor die Türe gesetzt. Die Firma hat eingesehen, daß ihre und der Polizei Lieblinge es wohl verstehen, auf Kosten der Unternehmer ein flotter Leben zu führen, daß sie aber nicht im Stande sind, die zu leistende Arbeit zu bewältigen. Aber trotz dieser bitteren Lehre, hat Herr Schweitzer denn doch nicht vermocht, seinen Herrenstandpunkt aufzugeben und seine notwendigen Arbeitskräfte aus den Reihen der hiesigen Kollegen Hafnarbeiter zu beziehen. Er will es vielmehr nunmehr

Löhne und Generierung!

Mit dem Wirksamwerden der neuen Zölle und höheren Verbrauchsabgaben, die das Reichsfinanzreformwerk des schwarz-blauen Blockes dem Deutschen Volke bescherte, ist die Lebenshaltung der Lohnarbeiterchaft um mindestens 15 pCt. verteuert worden. Wie sieht es dagegen mit der Lohnentwicklung aus? Nach den Klagen der Unternehmer zu urteilen, müßten die Löhne weit über die eingetretene Teuerung hinaus gestiegen sein. Das ist aber durchaus nicht der Fall! Die relativ einwandfreieste Lohnstatistik, die uns zur Verfügung steht, ist die der Berufs-genossenschaften. In ihren Nachweisen werden die gezahlten Lohnsummen annähernd genau angegeben, dazu für je 800 geleistete Arbeitstage ein sogen. Dollarbeiter! Fasten den Feststellungen auch noch Mängel an, so liefern die nach der gleichen Methode ermittelten Gesamtergebnisse doch sichere Vergleichswerte. Wie sich die Löhne gestaltet haben, veranschaulicht diese Uebersicht. Es betrug:

Jahr	Die Zahl der Lohnarbeiter in Mill.	Die Gesamtlohnsumme in Mill. Mk.	Der Jahresdurchschnittslohn pro Dollarbeiter in Mk.
1906	7 512 728	7 720	1 027
1907	7 800 421	8 418	1 069
1910	8 291 998	9 187	1 108

Der Durchschnittslohn war demnach im Jahre 1910 um ganze 89 Mk. oder um 8,65 pCt. höher als wie im Jahre 1907. Zieht man das Jahr 1906 zum Vergleich heran, dann ergibt sich eine Lohnsteigerung von noch nicht 8 pCt. Auch diese Lohnzunahme bleibt hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurück. Die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnerhöhung ist mit dieser Tatsachenkonstataion zweifellos erwiesen.

mit Tüppelchen Ziegeleiarbeitern versuchen, es dürfte zweifellos feststehen, daß auch diese nicht in der Lage sein werden, die schwere Arbeit der Schiffsentladung zu verrichten und dann wird Herr Schweitzer wohl oder übel gezwungen sein, Frieden mit uns zu schließen. Im übrigen sei noch bemerkt, daß die Mehrzahl der rausgeworfenen Arbeitswilligen jetzt zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß sie die Interessen der Arbeiterchaft mit Füßen treten haben und lieber heute als morgen Mitglieder der Organisation würden.

Eine Anklage auf wackeligen Füßen! Vor dem Duisburger Schöffengericht hatte sich der Kollege Hafnarbeiter H. Kloster wegen angeblicher Bedrohung und Beleidigung des „Arbeitswilligen“ und Totschlägers Brachhage zu verantworten. Der Angeklagte soll nach der Anklage am Tage der Erschießung Mierling's durch Brachhage, den Brachhage mit den Worten: „Ich schneide Dir den Hals ab!“ bedroht und durch den Zorn: „Streifbrecher“ beleidigt haben. Brachhage, der als erster Zeuge vernommen wurde, hat bei der polizeilichen Vernehmung zu Protokoll gegeben, daß Kloster ihn in der obigen Weise bedroht und beleidigt hätte, außerdem wäre K. L. der Anführer von einer Motte Leute gewesen, gibt heute zu, daß K. ihn gar nicht bedroht und beleidigt hätte. Als der Vorsitzende ihm seine polizeiliche Vernehmung vorlas, meinte er, er habe K. an der Stimme erkannt. Der nächste Zeuge ist ebenfalls ein „Arbeitswilliger“. Auch er gibt zu, daß K. keinen Arbeitswilligen, auch Brachhage nicht, beleidigt oder bedroht habe. Von der weiteren Zeugenansage ist noch die des Polizeifergeanten Busch von Interesse insofern, als er den Angeklagten als einen der ruhigsten unter den Streikenden bezeichnete. Der Vorsitzende fragt den Zeugen, ob ihm nicht bekannt wäre, daß K. niemals einen Arbeitswilligen belästigt habe. Hierauf antwortete der Zeuge mit „Nein!“ Der Staatsanwalt beantragte, nachdem er die Anklage zusammenbereinigt sah, selbst die Freisprechung des Angeklagten. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Marwitz, schließt

sich dem Antrage des Staatsanwaltes an und beantragt weiter, dem Angeklagten die Kosten der Verteidigung sowie die sonstigen Auslagen zu ersetzen. Er weist darauf hin, daß der Angeklagte bei der Schwere des ihm zur Last gelegten Vergehens hätte annehmen müssen, daß er ohne Verteidigung nicht auskommen würde. — Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte sämtliche Kosten, auch die des Angeklagten einschließlich der Verteidigung, der Staatskasse auf. Zur Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Herr Amtsgerichtsrat Wiedenhöver, aus: Die Anklage habe auf sehr wackeligen Füßen gestanden. Der Angeklagte habe öfters Vernehmungen gehabt, aber stets seine Schuld bestritten. Nachdem der Zeuge Brachhage in der Sache Weiterling außer Verfolgung gesetzt sei, hätte man ihn wiederholt dahingehend vernommen, ob er von Streikenden oder von sonstigen Arbeitern in dem Sinne der von ihm erstatteten Anzeige bedroht und belästigt worden wäre, und immer habe Brachhage behauptet, der Angeklagte sei derjenige gewesen, der ihm im Sinne der Anklage mit Totschlägen bedroht und durch den Zorn „Streifbrecher“ beleidigt hätte! Die Verhandlung habe doch die völlige Unschuld des Angeklagten ergeben. — Nachdem das Schöffengericht schon einmal den Brachhage als unglaubwürdig hingestellt hat, in einer anderen Sache aber Brachhage als glaubwürdig bezeichnet, wird es nach der jetzigen Verhandlung wohl selbst davon überzeugt sein, daß Brachhage, der arbeitswillige Totschläger und frühere Schutzmann, alles anders, aber nur nicht glaubwürdig sein dürfte.

Stettin. Die Sektion Hafnarbeiter hielt am 28. Januar 1912 im Lokale des Herrn Müns ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab, welche sich insbesondere mit unserer örtlichen Sterbunterstützung und dem Stand der Sektion seit dem Zusammenschluß beschäftigte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollegen Wisniewski, A. Grimm und E. Gühner in üblicher ehrenvoller Weise gedacht. Der Bericht über die Sterbunterstützungseinrichtung ergab den günstigen Kassenbestand von 2 990,26 Mk. Die Sektionsleitung schlug der Versammlung vor, den örtlichen Sterbezuschuß von 45 auf 50 Mk. zu erhöhen. Und zwar vorläufig versuchsweise auf ein Jahr, für beide Geschlechter. Dem wurde nach kurzer Diskussion zugestimmt. Den Bericht über Stand der Sektion gab Kollege M. Er führte an, daß die Arbeitsgelegenheit im Jahre des Zusammenschlusses im hiesigen Hafen eine äußerst schlechte gewesen war. Trotzdem wurde der am 1. März 1911 ablaufende Lohnvertrag am 31. Dezember getündigt, hauptsächlich, um verschiedene durch Mängel des Tarifes hervorgerufene Unzuträglichkeiten abzuheben. Und um insbesondere eine Verkürzung der Arbeitszeit, die in unserem anstrengenden und gefährlichen Beruf eine überaus lange ist, durchzudrücken. Es gelang uns, wesentliche Änderungen und einige beachtenswerte Erhöhungen der einzelnen Positionen des Tarifes, ohne daß es zur Arbeitslosigkeit kam, zu erringen. Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß die Meeder schon mit der Möglichkeit gerechnet hatten, daß das Jahr 1911 eine bessere Konjunktur mit sich bringen würde und daher einiges Entgegenkommen zeigten, wodurch der Frieden gewahrt blieb. Die gehegten Erwartungen trafen dann auch voll ein. Durch die anhaltende Dürre des Sommers 1911 machte sich ein empfindlicher Wassermangel bemerkbar, wodurch insbesondere die Elbe in Mitleidenschaft gezogen wurde, weil der Umschlagverkehr von Massengütern über Hamburg fast lahm gelegt wurde. Hierdurch erzielte nun Stettin bedeutende Vorteile, da ein großer Teil Güter über den hiesigen Hafen geleitet wurde. In Betracht kamen hauptsächlich Kohlen. Die Arbeitsgelegenheit kam daher für das verfloffene Jahr als recht gut bezeichnet werden. Leider haben sich verschiedene Kollegen durch die Lage der Verhältnisse zu ungeduldfertigen Mehrforderungen und Durchbrechung des Tarifes hinreißen lassen, wodurch der Lohnkommission oft Unannehmlichkeiten bereitet wurden, die recht unliebbare Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern hatten. Naturgemäß hat sich mit Einsetzen einer besseren Konjunktur der Mitgliederbestand bedeutend erhöht. Derselbe betrug am 1. Januar 1911 ca. 1000 Mitglieder. Beitragsmarken wurden verkauft vom 1. Juli bis Dezember 1910 12 400 a 55 Pf. und 1160 a 30 Pf. Dagegen Juli-Dezember 1911: 21 600 a 55 Pf. und 1200 a 30 Pf. Der Mitgliederbestand betrug auf Grund der verkauften Marken 1392. Hierzu bemerkt der Sektionsleiter, trotz des überaus günstigen Standes der Sektion, dürften nun die Kollegen die Hände nicht müßig in den Schoß legen und nur den Beamten die Agitation überlassen, sondern alle Kollegen müssen ihre Kraft daran setzen, die Organisation zu stärken, denn es ist nicht zu verkennen, daß wir einer ersten Zukunft entgegen gehen. Vorstandssitzungen haben während der Zeit vom 1. Juli 1910 bis 31. Dezember 1911 stattgefunden: 15 ordentliche, 2 außerordentliche, mit der Lohnkommission 1, zum Lohnvertrag 5. Versammlungen fanden 21 statt; davon 5 außerordentliche, 4 zum Lohnvertrag und wegen Mangel des Lohnvertrags 4. Die prozentuale Berechnung des pro Mitglied zahlenden Betrages beträgt 14,30 Mk., wirklich gezahlt sind 13,31 1/2 Mk. Die Beträge zum Wahlfonds sind gut eingegangen. Leider mußte die schlechte Beteiligung an der Wahlarbeit mit einigen rühmlichen Ausnahmen, trotzdem der größte Teil der Kollegen keine Arbeit hatte, von dem Sektionsleiter gerügt werden. Es ist dies umso bedauerlicher, da doch die Kollegen ein ganz besonderes Interesse daran haben, Vertreter in den Reichstag zu senden, die die

Interessen der Arbeiter vertreten und Versuche der Arbeitgeber, das Koalitionsrecht zu beschneiden und Arbeiterbeschäftigung einzuführen, entgegenzutreten. Außerdem rügte Kollege Neumann die schlechte Beteiligung an den Beerdigungen verstorbener Kollegen, welches nach außen hin einen schlechten Eindruck mache und knüpft an diese Erörterung die Erwartung, daß dies in Zukunft besser werden möge. Die Kollegen R. S., E. K. und F. M. wurden auf Antrag der Sektionsleitung mit je 2 Mk. Strafe belegt und sind auf die Dauer von 3 Monaten von den Versammlungen ausgeschlossen. Dieselben haben sich in Versammlungen des öfteren recht ungebührlich betragen und dem wiederholten Ordnungsruf des Vorsitzenden nicht Folge geleistet, wodurch oftmals die Abhaltung der Versammlung in Frage gestellt wurde. Zu der Angelegenheit betreffs des von uns zu leistenden Zuschusses zu den Fußballmarken soll der Beamte bei dem sozialpolitischen Bureau nähere Erklärungen einziehen, eventuell eine Eingabe an den Regierungspräsidenten machen. Von der Wahl einer Kontrollkommission wurde Abstand genommen und die Leitung beauftragt, der nächsten Versammlung diesbezügliche Vorschläge zu machen. Ebenso wurde die Wahl der Lokalkommission vertagt und soll dies besonders auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden.



Wander-Spartassen. Seit dem Wintersemester wanderten Deutsche Handwerksburschen alle Teile der bewohnten Erde und errangen für die Deutschen den Ruf, das wanderlustigste Volk zu sein. Wir wissen, daß nicht nur der Trug nach einem freien und ungebundenen Leben sie hinaus trieb, sondern harte ökonomische Tatsachen zwangen den Handwerksburschen, sich in der Fremde die Mittel für seine spätere Selbstständigkeit in der Heimat zu erwerben. Aus der Enge und dem Jammer der deutschen Kleinindustrie zog der junge Nachwuchs des Handwerks hinaus, lernte andere Menschen und Verhältnisse kennen und brachte nach Jahren nicht nur reifes Können in seinem Beruf, sondern auch manchen freien Gedanken mit in die Heimat. Das empfanden auch die Regierungen der nachmärzlichen Zeit als unangenehm und so war es den deutschen Handwerksburschen z. B. in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts verboten, nach der Schweiz zu wandern. Unter denen aber, die noch nicht wandern konnten, oder gar nicht aus dem Bannkreis ihres Heimatortes herausgelassen waren, spannen die Pösele der Landarbeit ihre goldenen Fäden, eifrig unterstützt von den Heimgekehrten, welche natürlich die Freuden und Leiden aus der Wanderschaft nur noch durch eine rosarote Brille sahen. Doch die neue Zeit räumte schnell und gründlich mit den Resten alter Ueberlieferungen auf. In wenigen Jahrzehnten wird aus dem deutschen Agrarstaat einer der ersten und führenden Industriestaaten der Welt. Die Handwerksburschen werden Fabrikarbeiter und mit ihnen arbeiten Hunderttausende in den Großbetrieben, die nichts empfinden von den Wandererimierungen der alten Gesellen. Aber nicht nur allein die Industrie, auch der aus der wirtschaftlichen Entwicklung sich ergebende Aufschwung von Handel und Verkehr sind Totengräber der alten Wanderherrschaft. Die Hunderttausende, die heutigen Tages die Landstraßen und Chaussees bevölkern, gehören zur großen proletarischen Reservearmee des Kapitalismus. Es sind zum großen Teil Arme und Elende, die ihr lägliches Dasein von Ort zu Ort schleppen.

Doch die Freude am Wandern ist nicht gänzlich verloren gegangen, sie glüht in den Herzen der jugendlichen Proletarier und wird gefördert durch die wachsende Freude und Liebe an der freien Natur. Überall, wo jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sich organisieren, um ihre geistige und wirtschaftliche Lage zu verbessern, da werden auch Partien und Wanderfahrten unternommen. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß auch unter den jugendlichen Arbeitern des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes die Freude an der Natur und damit am Wandern Wurzeln geschlagen hat. Als Beispiel hierfür sei auf unsere Berliner Jugendsektion hingewiesen, die im Jahre 1911 insgesamt 30 Partien und Ausflüge unternahm. Da bei diesen eintägigen Partien auch Rücksicht auf den Geldbeutel der Beteiligten genommen werden muß, ist es unmöglich, der Großstadt und ihren Vororten zu entgehen und damit verlieren diese kleinen Partien bei den längere Zeit organisierten jugendlichen jeden Reiz. Die jungen Kollegen wollen weiter hinaus, wenn irgend möglich mehrere Tage. Derartige Partien erfordern aber mehr Geld, als ein jugendlicher in ein paar Wochen sparen kann, außerdem müssen seitens der Parteileitung Vorbereitungen getroffen werden, und die Teilnehmer müssen Zeit haben, um sich die Kleinigkeiten, die doch notwendig sind, anzuschaffen. Berücksichtigt man diese Schwierigkeiten und soll trotzdem unseren jugendlichen die Möglichkeit geboten werden, sich an derartigen Wanderfahrten zu beteiligen, dann ergibt sich die Notwendigkeit einer Wander-Spartasse.

Wie diese Einrichtung im einzelnen gestaltet wird, ergibt sich aus den örtlichen Verhältnissen; doch ist es für eine wirklich umfassende Beteiligung der jugendlichen ausschlaggebend, daß recht oft Gelegenheit zur Abgabe ihrer Spargroschen an die Kasse geboten wird. In dieser Beziehung sind am praktischsten Spartassen zu einem bestimmten Wert, die im Büro der Ortsverwaltung, bei den Beitragssammlern, in den Versammlungen der Jugendlichen und an sonstigen Stellen zu kaufen sind und durch den Sparer in eine

Spartasse eingeklebt werden. Bei den Spartassen ist es empfehlenswert, nur eine Einheitsmarke auszugeben und zwar zum Preise von 20 Pf. Keiner ist noch zu beachten, daß für eine oder mehrere ganz beliebige Spartassen gespart wird und nicht bei jeder Sonntagspartie Rückzahlungen erfolgen. Nur wenn den jugendlichen Sparern ein bestimmtes Ziel gesetzt wird, läßt sich das Interesse am Sparen reger halten. Deshalb ist es auch notwendig, daß die in Aussicht genommenen Partien rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Durch die Wanderspartassen und der damit verbundenen Möglichkeit, gemeinsame längere Wanderfahrten mit unseren jugendlichen Kollegen zu unternehmen, wecken und stärken wir das Gefühl für die Allgemeinheit und bieten den jungen Berufskollegen wertvolle Anknüpfungspunkte für die Organisationsarbeit.

Berlin. Die Monatsversammlung für die Abteilung Zentrum fand am Sonntag, den 3. Februar statt und war leider schwach besucht, wozu die herrschende große Kälte mit beigetragen haben mag. Vier Kollegen waren durch Krankheit am Erscheinen gehindert. Ein Kollege aus Lichtenberg sprach über „Entstehung und Entwicklung der Frauenbeförderung in den Städten.“ Nach Erörterung diverser Abteilungsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß in der nächsten Monatsversammlung der Stadtverordnete, Kollege August Weder einen Vortrag halten wird. Für die nächste Ostern fand die Monatsversammlung am 7. Februar statt. Dieselbe war gut besucht. Eine Kollegin referierte über „Jugendklub“. Die Anwesenden folgten den interessanten Ausführungen mit der größten Aufmerksamkeit. Ueber diverse Abteilungsangelegenheiten fand dann eine längere Diskussion statt. Am 10. Februar hielt die Abteilung Lichtenberg ihre Monatsversammlung ab. Ein jugendlicher Kollege sprach über das zeitgemäße Thema „Alkoholismus“. Allgemeiner Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen und erscheint es wünschenswert, daß die jugendlichen Kollegen diesem anerkanntwertigen Beispiele nachsehen. In allen drei Abteilungen wurde beschlossen, am Sonntag, den 3. März, eine zweite Winterpartie zu veranstalten. Früh 1/8 Uhr fährt mit der Straßenbahn, Linie 25, 26 und 31 nach Tegeln. Fahrzeit ca. 1 Stunde. 1/9 Uhr Treffpunkt in Tegeln (Straßenbahnhaltestelle) dann Partie nach Heiligensee und Hennigsdorf. Mundvorrat ist reichlich mitzubringen. Fahrgeld 40 bis 60 Pf. Weiter findet am Sonntag, den 10. März, ein gemeinsamer Besuch aller drei Abteilungen der städtischen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt statt. Treffpunkt 1/2 Uhr vor der Ausstellung in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11-12 (fährt dorthin mit Stadtbahn oder Untergrundbahn bis Zoologischen Garten bzw. Knie). Die Führung und Erläuterung erfolgt durch das Direktorium der Ausstellung. Die Besichtigung ist kostenfrei und erwarten die Abteilungsleitungen zahlreiche Beteiligung.



Welches Gericht ist für Angestellte von Kino-Theatern zuständig? Angesichts der großen Ausdehnung und Verfeinerung des Lichtbildtheatergewerbes ist die Verantwortung vorstehender Rechtsfrage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. In einem gestern vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Rechtsstreit klagte die Kassiererin eines im Osten der Stadt etablierten kleinen Kino-Theaters gegen den Besitzer des Theaters. Der Beklagte wandte Unzuständigkeit des Gerichts ein, denn er sei gar kein Kaufmann, sondern Gewerbetreibender. Die Klägerin dagegen hob hervor, daß der Beklagte auch im Besitze der Schankkonzession sei. Das Kaufmannsgericht müsse im übrigen auf alle Fälle zuständig sein, da sie selber kaufmännische Angestellte sei. Das Kaufmannsgericht erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache an das Gewerbegericht. Der Ausschank spielte beim Beklagten nur eine untergeordnete Rolle, die Hauptsache sei der Theaterbetrieb. Allerdings könnten auch Lichtbildtheater kaufmännische Unternehmungen sein, wie z. B. die großen Lichtspieltheater, die als Gesellschaften m. b. H. oder Aktiengesellschaften an und für sich zu den kaufmännischen Betrieben zählen. In Fällen wie dem vorliegenden liege dagegen ein reiner Gewerbebetrieb vor. In der in der Rechtsprechung strittigen Frage, ob in solchen Fällen die Angestellten vor dem ordentlichen oder vor dem Gewerbegericht klagen müssen, stellte sich das Kaufmannsgericht auf den Standpunkt, daß das Gewerbegericht zuständig sei.



Möbeltransportarbeiter, organisiert Euch! Diese Parole kann den Kollegen allerorts nicht laut und oft genug zugerufen werden. Noch zumal, wenn man beobachtet, wie das Unternehmertum, namentlich in der südwestdeutschen Gegend, an der Arbeit ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen abwärts zu nivellieren, d. h. nach den niedrigsten Löhnen und den längsten Arbeitszeiten auszuweichen. Die Kämpfe des verflochtenen Jahres haben uns einen Vorgeschmack gegeben, welche Kämpfe es kostet, für unseren Beruf auch nur einigermaßen vernünftige Zustände zu schaffen. Doppelt

mehr wie in irgend einem anderen Erwerbszweig wird im Möbeltransportgewerbe von Seiten des Unternehmertums mit den Arbeitsträften Klaubau getrieben. Bedingt durch den Saisonbetrieb und meist zur Verfügung stehender sogenannter unständiger oder Gelegenheitsarbeiter, glaubt ein großer Teil der Möbelpediteure sich alles leisten zu dürfen, was immer schlimmer wird, je heftiger unter der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung der Konkurrenzkampf unter den meist rückständigen Fuhrbetrieben wird. Dieser Kampf wird selbstverständlich auf Kosten der Arbeitsträfte geführt. Wehe den Berufscollegen, wenn sie sich nicht endlich bestrengen, durch eine straffe Organisation das Drunter und Drüber in den Fuhr- und Transportbetrieben zu ordnen. Da hilft kein Jammer und Klagen, da muß gehandelt werden. Aber nicht nur in dem Augenblick, wo in diesem oder jenem Ort etwas herausgeschlagen werden soll, sondern stetig und andauernd muß das Verbandsleben erziehen, regeln und fördern. Leider sind ja die Dinge oft noch so, daß, wenn die Saison naht, die Kollegen zur Organisation gelassen kommen, um in kürzester Zeit auf deren Kosten herauszuschlagen, was irgend möglich ist. Ist das Erwünschte erreicht, dann ade Verband. Ade aber auch alle Errungenschaften. Das Unternehmertum spekuliert förmlich auf die Verbandslosigkeit und dreht das Rad in der ruhigen Zeit wieder rückwärts. Alle Mühen und Opfer waren vergebens. Fast will es ja scheinen, als hätten die Möbeltransportarbeiter diese Tallosigkeit von ihren Unternehmern gelernt. Nur geht es da umgekehrt. Da wird in der ruhigen Zeit Harmonie geschmiedet, doch naht die Saison, beginnt sich der Hattenbau zu lösen. Hinweg über alle Rücksichten sucht jeder zu retten, was er kann. Sei es auf Kosten des Publikums, hauptsächlich aber auf Kosten der Arbeitsträfte. Will es doch für jeden, den lendenlähmenden Verkehr wieder für ein weiteres Vierteljahr weit zu machen. Ein wesentlicher Faktor in diesem Kampf ist der Arbeitslohn.

Auf Grund geringer Löhne und langen Arbeitszeiten konkurriert das Unternehmertum nicht nur am eigenen Orte, sondern überträgt diese Konkurrenz auch nach auswärtig. Die von der Konkurrenz getriebenen Unternehmer, welche die Einnahmequellen bedrängt sehen, werden meist kurzfristig genug sein, sich durch Lohnreduzierungen oder Verlängerung der Arbeitszeiten schablos zu halten, um so mehr, so lange sie bei der Arbeiterschaft keinen Widerstand finden.

Wie verschieden die Löhne und Arbeitszeiten schon in einem eng zusammenliegenden Wirtschaftsgebiet sind, zeigt uns eine Umfrage, die sich über 25 Orte der Gegend 15 und 16 (also über Hessen, Baden, Rheinpfalz und Elsaß-Lothringen) erstreckt. In diesen 25 Orten finden wir 225 Möbeltransportbetriebe, die als ständig 375 Bader und Vorarbeiter beschäftigen. Die Zahl der Hilfskräfte beläuft sich in normaler Zeit auf 1200, welche sich in der Saison auf 2000 erhöht. Die täglichen Arbeitszeiten in der normalen Zeit schwanken zwischen 9 1/2 und 14 Stunden, welche in der Saison natürlich noch weit überschritten wird. Größer wie die Differenz in der Arbeitszeit ist diejenige der Arbeitslöhne. Betrachtet wir die gezahlten Tagelöhne, so finden wir 2 Orte mit 3,50 Mk., 2 mit 3,65 Mk., 1 mit 3,75 Mk., 2 mit 4,— Mk., 3 mit 4,25 Mk., 4 mit 4,50 Mk., 1 mit 4,75 Mk., 1 mit 4,80 Mk., 1 mit 5,— Mk., 2 mit 5,50 Mk., 1 mit 6,25 Mk., 2 mit 6,50 Mk., 3 mit 7,— Mk. Also eine Differenz zwischen 3,50 und 7,— Mk. — Mehrlich liegt es mit den Wochenlöhnen für ständig beschäftigte Arbeiter. Hier liegen aus 20 Orten Angaben vor, welche sich mit Ausnahme von Heunrichen, wo neben Kost und Logis 11,— Mk. Wochenlohn gezahlt werden, zwischen 21,— und 31,— Mk. bewegen. Hier von wird in 8 Orten unter 25,— Mk. pro Woche gezahlt, in 2: 26,— Mk., in 6: 27,— Mk., in 1: 30,— Mk., in 2: 31,— Mk.

Zu vorstehendem Lohnvergleich ist zu bemerken, daß die höheren Löhne durchweg durch das Eingreifen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes erzielt worden sind. Ebenso verhält es sich mit den kürzeren Arbeitszeiten. Auch hat der Verband, wo er zur Geltung kam, die Regelung und Bezahlung der Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeiten bewirkt. Es ist charakteristisch, daß die schlechten Löhne mit den langen Arbeitszeiten ohne Nebenvergütungen zusammenfallen. Mögen die im Möbeltransport beschäftigten Arbeiter aus diesem Hinweis lernen, daß für diesen Beruf eine Festigung und Stärkung der Organisation für jeden einzelnen Lebensbedingung ist. Leider fehlt diese Erkenntnis noch in weiten Kreisen der Berufscollegen und wird selbst in größeren Städten oftmals noch sehr leicht genommen. Der Vorteil von diesem Individualismus hat natürlich das oben geschilderte Unternehmertum. Aus diesem Grunde rufen wir den Kollegen nochmals zu: Möbeltransportarbeiter, organisiert Euch!

Erachte es ein jeder Kollege für seine heiligste Pflicht, den Organisationsgedanken Verbreitung zu schaffen, wo sich auch nur die geringste Gelegenheit dazu bietet. Vor allem ist diese Mahnung den Kollegen Bader zu empfehlen, welche von Ort zu Ort kommen und vielleicht auch am besten beobachten können, wie es von Jahr zu Jahr mit der wirtschaftlichen Lage der Möbeltransportarbeiter rückwärts statt vorwärts geht.

Der gleichen wir die amtliche Lebensmittelfachstatistik für das Jahr 1911 in Frage kommende Lohngebiet, so finden wir in den Lebensmittelpreisen nur geringe Schwankungen gegenüber den konstanten Preisen der gezahlten Löhne. Ist die Lebenshaltung unserer Kollegen in den Orten, welche die höchsten Löhne aufweisen, schon schlecht genug, so ist sie in den Orten unter 5,— Mk. Tagelohn geradezu erbärmlich. Soll es besser werden, so tue eben jeder Berufscollege seine Schuldigkeit.

Berlin. (Spekulation & Brand e.) Am Sonntag, den 28. Januar tagte eine gut besuchte

Versammlung der Holzfutcher und Wodenarbeiter. Der verordnete Holzfutcher Richard Schulz wurde in der üblichen Weise geehrt. Sodann schilderte der Branchenseiter in kurzen Zügen die Agitationsarbeit im verflohenen Jahre sowie die Differenzen in den einzelnen Expeditionsbetrieben, die häufig das Eingreifen der Verbandsleitung notwendig machten. Es kam aber behauptet werden, daß diese sich meistens zur Zufriedenheit der Kollegen erledigen ließen. Es wurden abgehalten: 9 Versammlungen, 234 Betriebsbesprechungen, 24 Vertrauensmännerversammlungen, 41 Verhandlungen. An Neuaufnahmen hatten wir 589 Kollegen zu verzeichnen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß sich die Kollegen in Zukunft mehr wie bisher an den tariflichen Bestimmungen halten mögen, damit unliebsame Vorkommnisse fernertun vermieden werden. Zur Neuwahl in der Branchenseitung sind folgende Kollegen vorgeschlagen: 1. Branchenseiter Fritz Berner, 2. Branchenseiter Otto Herms, Schriftführer Otto Kraft, zu Beisitzern: Anton Schulz, Hermann Landrei, Robert Kärre, Karl Kiel, Franz Peters, Karl Lunan, Emil Wieder, an Stelle des erkrankten Kollegen Hermann Preuß, als Branchenseiter wurden auch einstimmig gewählt. Dann lag ein Antrag vor an die örtliche Generalversammlung, welcher besagt, die Verbandsleitung wolle dafür Sorge tragen, daß für Groß-Berlin ein einheitlicher Vertrag für erwachsene Mitglieder eingeführt werde; es erfolgte dessen einstimmige Annahme. — Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, sich mehr wie bisher an der Organisationsarbeit zu beteiligen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Chemnitz. Kutscherefälle. In letzterer Zeit sind uns eine Reihe von Beschwerden vorgebracht worden dahingehend, daß man neuerdings mit Bestrafungen gegen diejenigen Kutschere vorgeht, die die Mauerstraße von der Ob-Altenstraße nach der Ob-Georgstraße nach dem Bahnhof zu befahren haben. Die betreffenden Kollegen fühlten sich deshalb zu Unrecht bestraft, weil von einem derartigen Verbot nichts bekannt und erst recht keine Warnungstafeln angebracht sind, wie dies sonst der Fall ist. Eine amtliche Veröffentlichung des Verbots ist 1909 in den hiesigen Tagesblättern erfolgt. Auf eine diesbezügliche Eingabe hin ist seitens des Polizeiamtes die Zusicherung gegeben worden, daß demnächst solche Warnungstafeln angebracht werden und daß bis dahin seitens der postierten Schutzleute etwas Nachsicht geübt werden soll.

Quedlinburg. Alle Ursache, mit ihren wirtschaftlichen Verhältnissen unzufrieden zu sein, haben gerade die hiesigen Kollegen. Bedauerlich und unverständlich ist deshalb, daß unsere Versammlungen so wenig besucht werden, und noch unverständlicher, daß seit Jahren schon keine Vorwärtstentwicklung unserer Verbandsstelle mehr zu verzeichnen ist. Freilich ist gerade Quedlinburg das Generalassembelbeden für alle nur erdenklichen Spielarten von sogenannten Arbeiterorganisationen: Christliche, Sozialistische, Gewerliche, alles gibt sich hierzulande als die alleinigmachende Vereinigung aus; jede einzelne wirkt um die Seelen auch unserer Kollegen, unter dem Vorwande, daß sie für diese etwas tun will und auch nur allein tun kann. In Wirklichkeit hat noch keine von allen auch nur das Geringste zu tun versucht. Sie sind einmal auf diesem Gebiete zur Ohnmacht verbannt und das andere Mal haben sie auch gar nicht die Absicht, irgend etwas zu tun; ja, einige dürfen es Grund ihrer Satzungen gar nicht. Und das sollten unsere Kollegen doch einsehen. Bei der Reichstagswahl — das ist nach dem Resultat als sicher anzunehmen — haben sie alle sozialdemokratisch gestimmt; sich ihrer Verbandsorganisation aber anzuschließen, haben die meisten von ihnen bis heute vergessen. Und doch steht fest, daß unser Verband der einzige ist, der das ehrliche Bestreben hat, die Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder erträglich zu gestalten und Löhne für sie zu erzielen, die den heutigen Verhältnissen und Lebensmittelpreisen wenigstens halbwegs entsprechen. Und weiter: der Beweis hat, daß er die Macht und Mittel besitzt, dies Ziel zu erreichen, bewiesen in Tausenden von Fällen und an Hunderttausenden von Kollegen. Das, Quedlinburger Kollegen, merkt euch: handelt konsequent eurer politischen Ueberzeugung und werdet Verbandsmitglieder — alle, ohne Ausnahme. Dann wird der Verband auch für euch sorgen, auch für euch den ersten Schritt auf dem Wege aus der Knechtschaft zum wirklichen Menschsein tun können, dem dann bald weitere folgen werden.

Müstringen. Einen für unsere Kollegen recht lehrreichen Streitfall wurde am Dienstag, den 30. Januar vor dem hiesigen Gewerbegericht verhandelt. Der Kollege Döden, welcher bei der Firma W. Bieting beschäftigt war, legte eines Tages wegen Schlämmerung des Vorarbeiters (derselbe ist mehr Chef) am Vormittag die Arbeit nieder und verlangte Lohn und Papiere, sowie für vier in der Woche gefallenen Festtage. Der Geschäftsführer lehnte die Bezahlung ab. Die Papiere konnte Döden nicht bekommen, weil die Invalidentarte nicht fertig war. Der Kollege D. klagte nun beim Gewerbegericht um Lohn für 4 Festtage, 1 Wochentag, 2 Weihnachtstage und Neujahrstag, sowie für einen halben Tag, wo er seine Papiere holen mußte. Seine Forderung begründete Döden damit, daß die Firma in ein Tarifverhältnis stehe, wonach sie verpflichtet wäre, Wochenlohn zu zahlen und müßten somit auch die in der Woche fallenden Festtage bezahlt werden. Der Vertreter der Firma bestritt, einen Wochenlohn vereinbart zu haben, sondern will die Abmachung so aufgefäßt haben, daß Tagelohn vereinbart sei; nur müsse jede Woche ausbezahlt werden. Früher hätte die Firma alle 14 Tage ausbezahlt. Ferner führt derselbe an, daß er gleich nach der Vereinbarung den Arbeitern die Regentage, Kranken- und auch den Wochtag abgezogen hätte, ohne

daß die Arbeiter etwas gefagt hätten. Auch will die Firma den halben Tag nicht bezahlen, weil Döden die Arbeit des Morgens niedergelegt habe, während im Vertrag festgelegt sei, daß die Beendigung der Arbeit nur des Abends, am Schluß der Arbeitszeit erfolgen könne. Die hinzugezogenen Zeugen bestätigten, daß der Tarif so anzulegen sei, wie Kläger ausgeführt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Tarif von der Firma unterschrieben sei, mußte verneint werden, aber die Firma hätte sich verpflichtet, die Abmachungen zu respektieren und zu halten. Als dem Vertreter der Firma Herrn Ernst Bieting gesagt wurde, daß er ja zu Hause auch einen Tarif habe und nachsehen könne, was darin stehe, meinte der gute Mann, auf dem Papier könne man vieles schreiben. Er habe die Abmachung so aufgefäßt, wie er ausgeführt habe. Da der Kläger sowie der Zeuge zugeben, daß sie sich die Abzüge hätten stillschweigend gefallen lassen, kommt das Gericht zu der Auffassung, daß die Arbeiter durch die stillschweigende Duldung der Abzüge den Tarif illusorisch gemacht hätten, daher müsse die Forderung betr. der Festtage abgewiesen werden; dagegen bestände die Forderung betr. den halben Tag zu Recht, denn der Unternehmer hätte den Kläger zu Mittag bestellt, um seine Papiere zu holen, und dieser Weg müsse vergütet werden. Aus diesem Vorfall sollten unsere Kollegen eine Lehre ziehen. Wenn etwas mit einem Unternehmer vereinbart wird, dann sollen die Kollegen darauf dringen, daß dies auch gehalten werde, denn sonst nützen uns die besten Tarife nichts. Hoffentlich werden wir bald in der Lage sein, den Unternehmer Bieting an seine Versprechungen zu erinnern und ihm begreiflich machen, daß so etwas auch gehalten werden muß. Vor allen Dingen aber müssen unsere Kollegen auf dem Posten sein, und wenn Sitzungen einberufen werden, auch in diese erscheinen; dann wird es leicht möglich sein, mit Druckbergern fertig zu werden.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Mechernburg. In der Generalversammlung am 21. Januar wurde der Geschäftsbericht gegeben. Es kam über 4 Versammlungen und 3 Besprechungen sowie eine mit Erfolg durchgeführte Lohnbewegung berichtet werden. Die Mitgliederzahl ist auf 40 Mann gestiegen. An Einnahmen wurden 206,08 Mk. erzielt. Die örtlichen Ausgaben betragen 62,58 Mk. An die Hauptkasse wurden 143,50 Mk. abgeliefert. Hierauf erfolgte die Neuwahl der Verwaltung, dann trat nach Begehung einiger Verbandsangelegenheiten Schluß der Versammlung ein.

Barmen. Generalversammlung am 27. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kollegen **Julius Tappert, Otto Wittollett und Endw. Böhst** wie üblich geehrt. Kollege Thomas gab den Geschäftsbericht vom 4. Quartal und führte aus, daß im Laufe des Quartals 110 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Uebertritte, jugendliche und weibliche waren 29 zu verzeichnen. Austritte (verstorben, Militär, verzogen, andere Verbände) waren 135 zu buchen. Versammlungen wurden 26 und Besprechungen und Sitzungen 45 abgehalten. Die Versammlungen verteilten sich auf 1 Generalversammlung, 6 Straßenbahner-Versammlungen, 1 Versammlung mit den Kollegen in Kartoffelhandlungen, 3 Fensterputzerversammlungen, 6 Pader-, 4 Fuhrleute- und 5 Bezirks-Versammlungen. Lohnbewegungen hatten wir 2, die zu unseren Gunsten endigten, es waren eine Kartoffelhandlung und die Fa. Hellbach, mit denen Tarife abgeschlossen wurden. Es kamen im ganzen 60 Kollegen in Betracht, für die eine durchschnittliche Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche erreicht wurde, dazu eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1 1/2 Stunden. Bei Hellbach u. Co. wurde der Endlohn auf 30 Mk. festgesetzt. Kollege Foll gab zu der gedruckt vorliegenden Quartalsabrechnung einige Erläuterungen. Der Kassenbestand beträgt 353,45 Mk. An Krankenunterstützung wurden 897,45 Mk., an Streit-, Gemäßregelungs-, Arbeitslosen- und Extraintersubvention im ganzen 827,80 Mk. gezahlt. Die Ausgaben für Reichstagsbeiträge betragen 401,20 Mk. Zu bedauern sei, daß die Einrichtung der Fakultativ-N.-R. so wenig von unseren Mitgliedern am Orte benutzt wird, es müsse der Sache mehr Interesse entgegengebracht werden. Kollege Bender, als neugewählter Reichstagsabgeordneter für Anhalt II jubelnd begrüßt, gab hierauf einen Ueberblick über das verflohenen Jahr, die Entwicklung der hiesigen Zahlstelle, sowohl als auch die Entwicklung des Ganges einer Betrachtung unterziehend. Die Stürme der Reichstagswahlen seien vorbei und nun könne wieder ein ruhiges, intensives Arbeiten begonnen werden. Am Anfang des Jahres 1911 betrug die Mitgliederzahl der Zahlstelle 890, heute seien es 1354, und ohne allzu großen Optimismus sei zu erwarten, daß im laufenden Jahre das zweite Tausend voll würde. Im Gau seien im Laufe des Jahres für 1200 Mitglieder Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt worden. Die Vorstandswohl hatte folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter: Thomas, 2. Daum; Ortsfasserer: Foll; Schriftführer: Milaukt, Beisitzer: Jansen, Schürmann, Ernst Schmidt, Mehler, Brodbeck, Frau Duple, Hermann Schmidt. In den Gauvorstand wurden Thomas, Daum, Mehler und Leicht gewählt. Zur Gewerkschaftskommission wurden delegiert: Thomas, Milaukt, Foll, Ernst Schmidt, Pflanz, Daum, Leicht. Unter Geschäftlichem teilte Thomas mit, daß in nächster Zeit eine Hausagitation unternommen werden solle und ersuchte um rege Mitarbeit seitens der Kollegen. Nach einem Hinweis auf die bevorstehende Gewerbegerichtswahl in Oberfeld, die ein besseres Resultat ergeben müsse als die in Barmen verlaufene, und nach einem Appell

auf einen besseren Besuch der Bezirksversammlungen wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. In der Sektionsversammlung der Bäckerfahrer erstattete der Branchenseiter den Jahresbericht. Redner erwähnte die mit Erfolg durchgeführte Lohnbewegung. Es haben 10 Branchenversammlungen, 52 Betriebsbesprechungen, 24 Vertrauensmännerversammlungen und 21 Verhandlungen mit Unternehmern stattgefunden. Die Schlichtungskommission erledigte ihre Geschäfte in 11 Sitzungen. Bestreifts Abänderung des § 3 des Statuts soll ein Antrag an den nächsten Verbandstag gestellt werden. Die Wahl ergab: Branchenseiter Volter, Stellvert. Nieke, Beisitzer: Reichmann, Paul und Tunk. Die Schlichtungskommission besteht aus Ullmann, Graa, Mittel, Solwe und Thormann. Dann nach Erledigung einiger Internas Schluß.

Böchem. Am Sonntag, den 21. Januar, fand hier unsere Generalversammlung statt. Nach dem Geschäfts- und Kassenbericht stellte sich die Einnahme auf 514 Mk., die Ausgabe auf 457 Mk., so daß ein Kassenbestand von 57 Mk. vorhanden ist. Es wurden 56 Neuaufnahmen gemacht. Am Schluß des Jahres ist eine Mitgliedschaft von 115 erreicht. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der alten Leitung. Der Antrag der Ortsverwaltung, die Beiträge vom 1. März 1912 auf 60 Pf. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen. Am Schluß wies der Bevollmächtigte nochmals auf die unbedingt notwendige stärkere Mitarbeit der Kollegen hin und er beauftragte die christliche Organisation, welche versucht, unsere Kollegen zu sich hinüber zu ziehen. Es sei hier nochmals hervorgehoben, daß die sich christlich nennende Organisation nach gerichtlicher Feststellung bei 13 000 Mitgliedern in ganz Deutschland 50 000 Mark Schulden hat, also wirklich nicht in der Lage ist, Besserung im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu schaffen. Das Christentum dieser Leute macht sich in Streikbrecherie und Lohndrückerie kennbar. Wir brauchen für unsere Organisation keinen Beredemantel, für uns sprechen die 193 000 Mitglieder und deren Erfolge. Darum Kollegen, weist der Streikbrecher-Gesellschaft die Tür und laßt euch nicht zu eurem Leiblichen wie geistigen Schaden betören. Dann wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Bremerhaven = Geestemünde. Am 1. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Das Ableben von 12 verstorbenen Verbandskollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß im verflohenen Quartal 7 Sitzungen und 37 Versammlungen stattgefunden haben. Der Berichterstatter streift kurz die im vorigen Quartal beendete Bewegung der Fischdaufermannschaften, sowie die Erfolge derselben. Auch bei der Firma Hirsch sei eine Aufbesserung der Löhne um 3 Pf. die Stunde erreicht worden. Bei den Baumwoll-Expeditionsarbeitern weht jetzt ein günstiger Wind. Wenn es auch den Arbeitgebern im Jahre 1903 gelungen sei, den dort beschäftigten Kollegen einen Kontrakt vorzulegen, so habe dieser heute keinen Wert mehr. Es besteht auch bei den dortigen Kollegen der Drang nach Verbesserung ihrer Lage. Bei der Firma A. Günther wurde ein Kollege gemäßiget, worauf sämtliche dort Beschäftigten die Arbeit niederlegten. Die Firma ließ sich zu Verhandlungen herbei, wonach die Arbeit wieder aufgenommen wurde; später wurde ein Tarifvertrag zwischen sämtlichen Expeditionsfirmen und dem Verbandsabgeschlossen, welcher den Kollegen wesentliche Vorteile brachte. Auch beim Norddeutschen Lloyd schwebt eine Bewegung. Die Tarife der Hafenarbeiter, welche mit dem 1. 4. und 1. 7. d. J. ihr Ende erreichen, sind rechtzeitig unsererseits gefordert worden. Es soll versucht werden, für alle Werberhäfen gleichlautende Tarife abzuschließen. Der Prozeß gegen die Stadt Bremerhaven wegen Steuerveranlagung der Seeleute ist vom Oberlandesgericht zu unseren Gunsten entschieden, jedoch wird die Stadt hiergegen Berufung beim Reichsgericht einlegen. Die Klagen gegen die Pensionskasse des Norddeutschen Lloyd ist vom Oberlandesgericht zu unseren Gunsten entschieden. Die Klage gegen die Firma Meiners wegen Kostenzuehung ist gleichfalls zu unseren Gunsten entschieden und wurde die Firma verurteilt, den Beteiligten je eine Monatsgehälter zu verabfolgen. Eine Klage gegen die Nordsee-Gesellschaft in Nordenham aus dem Jahre 1908 ist gleichfalls zu unseren Gunsten entschieden. Auf dem Heringslogger wird nach einem Kontrakt, welcher bis zu 100 Mk. Strafe vorsieht, gearbeitet; dies traf auf zwei Leute zu; es wurde hiergegen Klage erhoben, trotzdem ein Kollege abfiel, wurde die Firma doch verurteilt, den Beteiligten 70 Mk. auszusahlen.

Unsere Verwaltung hat in den 6 Quartalen des Zusammenschlusses 3243 Mitglieder neu aufgenommen; dieselben verteilen sich auf die einzelnen Quartale folgendermaßen: Im 3. Quartal 1910 = 398, im 4. Quartal 1910 = 589, im 1. Quartal 1911 = 356, im 2. Quartal 1911 = 427, im 3. Quartal 1911 = 412, im 4. Quartal 1911 = 1061. An Wochenbeiträgen gingen in den 6 Quartalen ein 177 918 und zwar in den einzelnen Quartalen: 20 277; 25 653; 28 931; 31 542; 32 317; 39 198. Wir haben somit in den 6 Quartalen unsere Beitragsleistung beinahe verdoppelt und hoffen, daß es auch in Zukunft so bleiben wird. Der Vorstand empfiehlt, alle zwei Jahre einen gedruckten Geschäftsbericht herauszugeben; es sei dies für alle Kollegen, welche sich für die Entwicklung der Organisation interessieren, ein gutes Nachschlagewerk.

Ueber die Gaukonferenz berichtet Redner; daselbst sei Klage geführt, daß die Zahlstelle Bremerhaven gemäß dem Beschluß des Verbandstages beireifend der Hausdauferndarten noch nicht nachgekommen sei. — Der Antrag der Ortsverwaltung, den Hilfsbeitragsfasserer mit 35 Mk. zu entschädigen, wurde an-

genommen. Betreffend Hausbaufondsmarken verhielt sich die große Mehrheit der Versammlung ablehnend. Der Geschäftsbericht soll gemäß des Antrages herausgegeben werden. Den Kassenbericht gab Stoll. Danach betrug die Einnahme inkl. Kassenbestand vom vorigen Quartal 42 007,26 Mk.; die Ausgaben betragen 22 418,49 Mk., verbleibt somit ein Kassenbestand von 19 588,77 Mk., oder ein Mehr gegen das vorige Quartal von 1649,46 Mk. Von Seiten der Revisoren wurde berichtet, daß Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung befunden seien. Ein Antrag, dem Gesamtvorstand Decharge zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Auf Antrag wurden sämtliche Ortsverwaltungsmittel einstimmig wiedergewählt, ebenso die bisherigen Revisoren und Kartelldelegierten. Der Vorsitzende ersuchte, die jetzt wieder beginnenden Sektions- und Branchenversammlungen zu besuchen. Dann schloß die sehr gut besuchte Versammlung.

Guzhagen. Unsere Generalversammlung fand am 1. Februar statt. Der Kassierer erstattete den Jahresbericht und gab die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahmen belaufen sich auf 611,30 Mark, dem gegenüber stand eine Ausgabe von 428,10 Mk. Kassenbestand verbleibt 183,20 Mk. Die Abrechnung wurde für richtig befunden. An Einnahmen waren zu verzeichnen im vierten Quartal 13 Männliche, 3 Jugendliche. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Aus der Wahl der Ortsverwaltung ging hervor: R. Hagedorn, 1. Bev., 2. Bevollmächtigter Beckmann; Kassierer Mahnte; Hilfskassierer Necht und Brandt; Schriftführer Hofmann; Revisoren Baas und Hagen; Kartelldelegierte Mahnte und H. v. Zaden. Kollegen, es ist an der Zeit, daß in Guzhaven mehr Agitation getrieben wird. Leider herrscht unter den Kollegen noch der Gedanke, daß, wenn sie ihre Beiträge geleistet haben, sie ihren Verpflichtungen in vollem Maße nachgekommen sind. Kollegen, das kann nicht mehr so weiter gehen. Ihr müßt mehr agitieren und dem Verbands neue Mitglieder zuführen; auch für einen guten Versammlungsbefuch sorgen, dann können auch wir in Guzhaven etwas erreichen, dann tue jeder Kollege seine Pflicht.

Deffau. Die hiesige Ortsverwaltung hielt am 15. Januar ihre gut besuchte Jahresversammlung ab. Zunächst wurden für die ausgesperrten Tabakarbeiter die vom Vorstand verausgabten 68 Mk. einstimmig zugewilligt. Dann erstattete der Kassierer den Vierteljahrsbericht, aus welchem hervorgeht, daß einer Einnahme von 3395,41 Mk. eine Ausgabe von 2245,91 Mk., also ein Kassenbestand von 1149,50 Mk. gegenübersteht. Auch die Mitgliederzahl hat sich bedeutend gehoben: sie ist von 281 männlichen, 41 weiblichen und 10 jugendlichen Mitgliedern auf 302 männliche, 44 weibliche und 14 jugendliche gestiegen, also zusammen 360 Mitglieder. Die Wochenbeiträge betragen diesmal im Durchschnitt 13,1 pro Mitglied, also auch hier ein erfreuliches Resultat. Leider liegen die Wachstumsverhältnisse bei der fakultativen Einrichtung noch sehr im Argen, indes dürfen wir auch hier bald eine Besserung entgegensehen. Die intensive Betätigung der Ortsverwaltung geht aber auch aus dem Vortragsbericht des 1. Bevollmächtigten, Kollegen Giese, hervor. 5 erfolgreiche Lohnbewegungen sind zu verzeichnen, wiederholt wurde an die Behörden herangetreten. Die Jahreseinnahmen betragen in Summa 14 007,52 Mk., die Ausgaben 12 898,02 Mk. Dabon gingen an die Hauptkasse in bar 3125,35 Mk. An Unterstützungen wurden insgesamt verausgabt 5007,11 Mark, eine Summe, mit der viel Glend gefindert und manchem vorgebeugt wurde. Hierauf erfolgte die Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung und wurde als Bevollmächtigter Giese, als 2. Hoppe wiedergewählt. Kassierer L. und Schriftführer K. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand dann die Versammlung ihr Ende. Hoffen wir, daß auch in diesem Jahre ein Jeder sich nach Kräften bemüht, die Organisation vorwärts zu bringen.

Elbing. Am 28. Januar tagte unsere ordentliche Generalversammlung. Der Vorsitzende kritisierte scharf die Interesslosigkeit der Mitglieder, welche sich gerade wieder durch den schlechten Besuch der Versammlung zeigt. Es sind nur immer ein und dieselben Kollegen, welche man in den Versammlungen zu sehen bekommt; die übrigen Kollegen halten es nicht der Mühe wert, zu erscheinen. Dieser Zustand soll und muß anders werden. Jeder einzelne Kollege muß die Versammlungen besuchen, denn diese sind dazu da, um Ratschläge zu erteilen und Aufklärung zu geben, wie wir am besten unsere Arbeitsverhältnisse verbessern können. Denn das die Elbinger Kollegen auf Rosen tanzen und ihre finanzielle Lage so gut ist und nicht verbessert zu werden braucht, wird wohl auch der Dünmste nicht behaupten können. Um dieses unser Ziel zu erreichen, ist es unsere Pflicht, die Versammlungen zu besuchen und für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. Nur wenn wir eine starke Organisation hinter uns haben, ist es möglich, den Unternehmern etwas abzutropfen. Es kann für uns nur eine Organisation in Frage kommen, das ist der Deutsche Transportarbeiter-Verband, welcher die stattliche Zahl von 193 600 Mitgliedern aufzuweisen hat. Sodann gab der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den Revisoren bestätigt wurde. Dem Kassierer wurde hierauf Decharge erteilt. Den Jahresbericht gab Kollege Steple. Die Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: Wiedergewählt wurden Steple als 1. Stell als 2. Bevollmächtigter, Hoffmann Kassierer, Mehrwald Beisitzer; Revisoren: Schulz, Wittkowski; Kartelldelegierte Krowozki und Lange. Neugewählt wurden: Krowozki Schriftführer, Lange Revisor. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten geregelt, schloß die gut verlaufene Versammlung.

Glogau i. Schl. Sonntag, den 28. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung zeigte folgendes Resultat: erster Bevollmächtigter Wurche; 2. Bev. Kunze; 1. Stell. Gimer; 2. Stell. Schriftführer Knappe; Revisoren Nelde, Rodewald; Hoffmann. Kartelldelegierte: Rodewald, Hilliger und Nelde. Der Kassenbericht vom vierten Quartal ergab: Einnahme 1437,43 Mk., örtliche Ausgaben 251,50 Mk., an die Hauptkasse in bar und Quittungen 666,94 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 518,99 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Rodewald. Ein Kollege aus Breslau hielt einen lehrreichen Vortrag über die verschiedenen Reichstagswahlen. Ferner ermahnte Nelde die Kollegen zur weiteren Werbearbeit. Dann kamen noch etliche örtliche Angelegenheiten zur Erledigung; es wurde ein Vergütigen im März beschloßen, worauf Schluß erfolgte.

Görlitz. In der am 30. Januar abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Generalversammlung erstattete der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahmen betragen 2612 Mk., die Ausgaben 462,26 Mark, an die Hauptkasse gesandt 969,43 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 1180,31 Mk. gegen 1176,60 Mk. am Schluß des vorigen Quartals. Die Jahresabrechnung wies folgende als Unterstützung gezahlte Summen auf: Arbeitslosenunterstützung 789,46 Mk., Krankenunterstützung 1635,59 Mk., Extramentierung 55 Mk., Weidigungsbeihilfe 210 Mk., das sind zusammen: 2690,05 Mk. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Ortsverwaltung auch in diesem Jahre bemüht war, die Zahlstelle vorwärts zu bringen. Es wurden abgehalten: 4 öffentliche, 12 Mitgliederversammlungen, 12 Vorstandssitzungen, 12 Betriebsbesprechungen. Mitglieder waren am Ende des Jahres 1910: 211, davon 196 männliche, 13 weibliche und 2 jugendliche zu verzeichnen. Neu aufgenommen wurden im Laufe des Jahres 1911: 94 männliche, 15 weibliche Berufsangehörige, davon sind 11 Zugereiste und 17 aus anderen Verbänden übergetreten. Demgegenüber steht ein Abgang von 35 Kollegen. Der Grund des Abganges aus dem Verband ist folgender: Gestorben 3, verzogen 7, übergetreten 7, gestrichen wegen Mißstandes 7 und abgemeldet 11, folglich beträgt die Mitgliederzahl unserer Verwaltungsstelle 285. Arbeitslos meldeten sich im verfloßenen Jahre 18 Mitglieder = 552 Tage, krank 60 Mitglieder = 1560 Tage. Lohnbewegungen fanden 3 statt mit 62 Beteiligten; davon wurden zwei in der „Görlitzer Volkszeitung“ und Bescheider's Brauerei durch Tarifabschluß, und in der Maschinenbauanstalt durch Lohnhöhung beendet. Die Berichte wurden seitens der Versammlung mit Interesse entgegengenommen. In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Als Bevollmächtigter Rohleder, als Kassierer Wartsch, als Stellvertreter des ersten Wils. Schäfer, als Stellvertreter Kassierer Wils. Kunze, als Beisitzer: Günther, Zimmer, Starke, Wandenburg und Alt. Als Revisoren fungieren Hermann, Kunze, Paul und Seibt. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten ihre Erledigung fanden und der Vorsitzende alle Kollegen zu eifriger Mitarbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder für unsere Zahlstelle und neue Leser für die „Görlitzer Volkszeitung“ aufforderte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Greiz i. W. Unsere am 27. Januar abgehaltene Generalversammlung war gut besucht. Kollege Böhm erstattete den Jahresbericht. Seine Ausführungen wurden mit Befriedigung aufgenommen. Kollege Hellrich gab den Kassenbericht; aus demselben ist hervorzuheben, daß eine Einnahme von 1430 Mk. gegen 1134 Mk. für das Jahr 1910 zu vergleichen ist. An die Hauptkasse wurden abgeführt 1142,45 Mk. Streikunterstützung wurde gezahlt 39,51 Mk. Arbeitslosenunterstützung 23,05 Mk. Krankenunterstützung 378,48 Mk. Reiseunterstützung 11,50 Mk. Kassenbestand am 31. Dezember 1911: 169,73 Mk. gegen 151,78 Mk. im Vorjahr. Der Kassenbericht wurde für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben: Neuherr, Bevollmächtigter; Hellrich, Kassierer, Kraut, Schriftführer. Friedrich, Herzog, Schröder als Revisoren und Gahn Kartelldelegierter. Kollegen, wir sehen, daß es mit vereinten Kräften auch bei uns vorwärts geht. Darum auf, mit frischem Mut ans Werk.

Jena. In der Generalversammlung am 20. Januar wurde darauf hingewiesen, daß sich die hiesigen Straßenbahner fast insgesamt dem Verbands angeschlossen haben. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde gegeben und genehmigt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab: Schäfer erster, Bezold zweiter Bevollmächtigter. Reinecke erster, Reinhardt zweiter Kassierer. Undes Schriftführer. Mehlhorn, Köpfer, Ludwig und Schulze Revisoren. Kartelldelegierter Bezold. Nach einer Aufforderung zu weiterer reger Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Köln. Am 29. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Kassierer erstattete den Kassen- und Geschäftsbericht. Die Abrechnung gestaltete sich wie folgt:

Abrechnung vom 4. Quartal 1911.

Einnahmen:	
Bestand vom 3. Quartal	1 386,13 Mk.
202 Aufnahmegebühren a 1 Mk.	202,—
14 " " " a 50 Pf.	7,—
17551 Wochenbeiträge a 50 Pf.	8 775,50
1420 " " " a 25 Pf.	355,—
821 " " " a 40 Pf.	328,40
18372 örtl. Zuschußbeiträge a 10 Pf.	1 837,20
718 Beiträge z. Baufonds a 10 Pf.	71,80
307 " " " a 25 Pf.	76,75
Zuschuß aus der Hauptkasse	250,—
Sonstige Einnahmen	116,15
Summa:	13 405,93 Mk.

Ausgaben:

Ortszuschuß zur Krankenunterstützung	15,—	Mk.
Rechtschutzkosten	33,10	"
Reiseunterstützung	19,—	"
Verwaltungsausgaben:		
a) persönliche: Gehalt, Entschädigung, Prozente	2 137,41	"
b) sächliche: Materialien, Miete und Telefon	395,35	"
Versammlungen, Annoncen, Referate, Drucksachen	551,05	"
Bibliotheksbücher, Zeitschriften	44,91	"
Kartell, Sekretariat	733,75	"
Porto, Telegramme	62,87	"
Sonstige Ausgaben	21,30	"
An die Hauptkasse gesandt	7 443,22	"
Kassenbestand	1 948,97	"
Summa:	13 405,93 Mk.	

Hauptkasse.

Einnahmen:		
50 pCt. d. Aufn.-Gebühren a 1 Mk.	101,—	Mk.
100 pCt. " " " a 50 Pf.	7,—	"
75 pCt. " " " a 50 Pf.	6 581,62	"
75 pCt. " " " a 40 Pf.	246,30	"
75 pCt. " " " a 25 Pf.	236,25	"
Beiträge zu den Gaunntölen	92,50	"
Ablieferung zum Baufonds	148,55	"
Summa:	7 443,22 Mk.	

Ausgaben:

Hauptkasse erhielt in bar	5 281,17	Mk.
In Quittungen für:		
Arbeitslosenunterstützung	167,55	"
Krankenunterstützung	1 491,60	"
Streikunterstützung	131,90	"
Extramentierung	39,—	"
Weidigungsbeihilfe	80,—	"
Rechtschutz	11,—	"
Zuschuß aus der Hauptkasse	250,—	"
Summa:	7 443,22 Mk.	

Mitgliederbewegung:

	männl.	weibl.	jugl.
Bestand am Schluß des 3. Quart.	1584	118	3
Am 4. Quartal aufgenommen	202	13	1
Übergetreten	18	—	—
Zugereist	6	—	—
Summa:	1810	131	4
Am 4. Quartal ausgeschieden	78	5	1
Abgereist	11	—	—
Summa:	1721	126	3

Zum Geschäftsbericht übergehend, wies der Redner darauf hin, daß wir im verfloßenen Jahre einen gewaltigen Sprung nach vorwärts getan hätten. Die Mitgliederzahl sei von 1081 am Schluß des Jahres 1910 auf 1850 gestiegen, das entspricht einer Zunahme von 71,14 pCt. Einen solchen Aufschwung habe die Zahlstelle seit Besleben (1898) in keinem Jahre zu verzeichnen gehabt. Der Umfang an Wochenbeiträgen steigerte sich im gleichen Zeitraum von 34 124 auf 56 680 Stück. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahre 43 453,23 Mk. An Unterstützungen wurden 9669,80 Mk. gezahlt einschl. der Streikunterstützung. Die Lokalkasse hat sich ebenfalls wieder gehoben und weist, wie bereits oben angedeutet, den Betrag von 1948,97 Mk. auf.

Die günstige wirtschaftliche Konjunktur löste in Verbindung mit den reparaturbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen das Verlangen nach Verbesserung der Lebenslage der Mitglieder aus. Durch die im Jahre 1910 geführte Hafenarbeiterbewegung ermüdet, traten im Berichtsjahre die Holzlagerarbeiter von Rußland u. Wolfohn sowie Gebr. Michrath in den Vordergrund, da an eine gütliche Vereinbarung nicht zu denken war. Die Bewegung endete mit einem Siege der Beteiligten. Hierauf setzte die allgemeine Fuhrmannsbewegung ein, die ebenfalls, wie die folgenden Bewegungen der Schleifwächter und der Möbeltransporteure behauptet wurden. Es stehen heute bereits 1450 Mitglieder unter Tarif. Der finanzielle Effekt der Lohnhöhungen, Ueberstunden und Sonntagsvergütung, Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsgewährung usw. betrug unter Einrechnung der an diesen Vorteilen partizipierenden Arbeitern rund 500 000 Mk. Die Kollegen müßten nunmehr dafür sorgen, daß das Erreungene nicht nur festgehalten, sondern die Organisation derart ausgebaut und gestärkt werden, daß wir zukünftigen Kämpfen ruhig ins Auge sehen könnten. Dann erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung: Bevollmächtigter Gg. Kiel, 2. Bevollmächtigter F. Hilben, als 1. Kassierer wurde R. Feld gewählt. Mit Zustimmung der Generalversammlung wurden 10 statt 9 Beisitzer gewählt und soll aus diesen in der nächsten Vorstandssitzung der 2. Kassierer gewählt werden. Die Wahl von drei Kartelldelegierten soll ebenfalls dem Vorstand überlassen bleiben. Nachdem der Vorsitzende alle Kollegen ermahnt hatte, sich voll und ganz in den Dienst der Organisation zu stellen, wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg i. Pr. Am Sonntag, den 28. Januar, tagte unsere Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder A. Krug, A. Stonniacki, A. Pawels, S. Jakobett, G. Stobbe, R. Schmidke, R. Schmel, E. Gröger, Martha Benzel in der üblichen Weise geehrt. Aus dem vom Kollegen Werner gegebenen Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß unsere Mitgliederzahl auch im 4. Quartal sich um weitere 102 Mitglieder gesteigert hat und zur Zeit 2069 beträgt. Neu aufgenommen wurden 221, von anderen Verbänden traten 12 Mitglieder zu uns über, während 8 aus anderen Verwaltungsstellen zureisten. An Abgängen waren 139 zu verzeichnen, von denen 13 zum Bauarbeiterverband übertraten, 13 abtraten, 23 zum

mehr in der Lage, die Arbeiten allein erledigen zu können. Aus diesem Grunde wurde eine Nennung infolgedessen vorgenommen, daß die Kollegen Mertens und Hoffmann als Beisitzer gewählt wurden. Für Wehlich und Ermig wird nach wie vor Kollege Maß das Kassieren der Beiträge besorgen. Die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt durch den Kollegen Häse, Merseburgerstraße 4. Bei Krankheit und Arbeitslosigkeit ist dieses sofort dem Kollegen Benne zu melden, erfolgt die Meldung später, so werden die Bestimmungen des Erwerbslosenreglements in Anwendung gebracht. Bei Krank- und Arbeitslosenmeldung ist das Verbandsbuch vorzulegen. Als Kartellbelegierte fungieren die Kollegen Mertens und Brandenberger. Beschlossen wird ein Wintervergütigen bzw. Kappenabend abzuhalten. Die Vorarbeiten wurden einer dreigliedrigen Kommission übertragen. Hierauf gab Kollege Nieder einen Überblick über die Organisationsfähigkeit im letzten Jahre. An der Hand zahlreicher Beispiele zeigte Medner wie mit Hilfe des Verbandes die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Kollegenschaft erträglicher gestaltet wurden. Auch in einigen Orten, rings um Leipzig, wo ein günstiges Organisationsverhältnis vorhanden war, konnte die wirtschaftliche Lage der Kollegen gebessert werden. Wenn dieses nicht in allen Orten geschah, so liegt es daran, daß von 1021 organisationsfähigen Berufs Kollegen erst 538 organisiert sind. Gegenüber dem Vorjahr hatten die Orte „rings um Leipzig“ eine Mitgliederzunahme von 167. Aufgabe der Kollegenschaft muß es sein, den Ausbau der Organisation zu fördern, damit dem Scharfmachertum das Handwerk gelegt wird. In die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher die Kollegen zur fleißigen Mitarbeit für den Verband aufgefordert wurden. Nachdem noch das Verhalten des Kohlenhändlers Friedrich Ohme, der die Zeit für sich infolgedessen ausnutzte, daß er seinen Arbeitern 3,50 Mk. pro Woche vom Lohn abzog, einer scharfen Kritik unterzogen worden war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Erster. Am Sonntag, den 21. Januar, fand eine gut besuchte Generalversammlung zwecks Neuwahl der Verwaltung statt. In derselben referierte ein Kollege aus Saarbrücken über die wirtschaftliche Lage der Transportarbeiter im hiesigen Bezirke. Darauf erfolgte die Neuwahl, wobei man an der Beteiligung so recht erkennen konnte, wie notwendig dieselbe war. Am Schluß ermahnte Kollege Henschel, die Kollegen sollten fest zusammenhalten, damit wir im Frühjahr auch hier einen kleinen Vorteil erringen könnten.

Zittau. In der am 27. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung gab der Vertrauensmann den Jahresbericht, aus welchem folgendes zu entnehmen ist: Die Mitgliederzahl ist von 150 auf 178 gestiegen. Aufgenommen sind 47 Kollegen, zugereist und aus anderen Verbänden übergetreten 8; gestrichen wurden 8, abgereist sind 17 und gestorben 2. Des weiteren ist auch in diesem Jahre der erste Jugendliche aufgenommen worden. Zu Ehren der Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Abgehalten wurden im Berichtsjahre 2 öffentliche, 2 General- und 7 Mitgliederversammlungen, 12 Betriebsbesprechungen und 8 Vorstandssitzungen. Auch wurde dieses Jahr eine Lohnbewegung bei der Firma Wüensch geführt, die keinen direkten Tarifabschluß brachte, da unsere Leute sich sofort andere Arbeit suchten und fanden, aber eine indirekte Lohnzulage brachte die Bewegung für fast alle Kutscher. Einen Vorteil haben wir jedoch gehabt und zwar traten 16 Kollegen infolge des Streiks dem Verbands bei. Weiter war in zwei Fällen von Streiks anderer Gewerkschaften mit 6 Kollegen beteiligt, die eine Ausgabe von 135,01 Mk. verursachte. — In Eingängen waren 143, an Ausgängen 77 zu verzeichnen. Vom 1. Oktober 1911 ab wurden die Geschäftsstunden des Verbandes Freitags von abends 1/2 7 bis 8 Uhr und Sonntags von 10 bis 12 Uhr ins Volkshaus verlegt. Weiter wurde noch ein Wintervergütigen und ein Ausflug veranstaltet, welche beide starke Beteiligung aufzuweisen hatten. — Den Jahresbericht für das Jahr 1911 gab Kollege Schäbel.

Einnahme:

Rassenbestand vom 1. 1. 1911	121,78 Mk.
46 Aufnahmen a 1 Mk.	46,—
1 Aufnahme a 50 Pf.	—,50
7986 Wochenbeiträge a 45 Pf.	3593,70
15 " " a 35 Pf.	5,25
2 " " a 25 Pf. (jüdl.)	—,50
8001 Beiträge zum örtl. Fonds a 5 Pf.	400,05
Summa:	4167,78 Mk.

Ausgabe:

Beerdigungsbeihilfe (2 Fälle)	10,—
Reiseunterstützung (14 Fälle)	14,—
Streik an d. Gewerkschaften (Tabakarb.)	53,40
Verwaltungsansgaben:	
a) persönliche	586,80
b) sächliche	26,90
Versammlungen, Inserate, Referate und Drucksachen	32,29
Bibliothek und Zeitschriften	14,70
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	110,—
Porto und Telegramme	26,54
Wärmestube und Festbesitz	13,27
Verbands- und Gewerkschaftshaus (Zittau)	210,—
An die Hauptkasse gesandt	2756,87
Summa:	3854,77 Mk.

Bilanz:

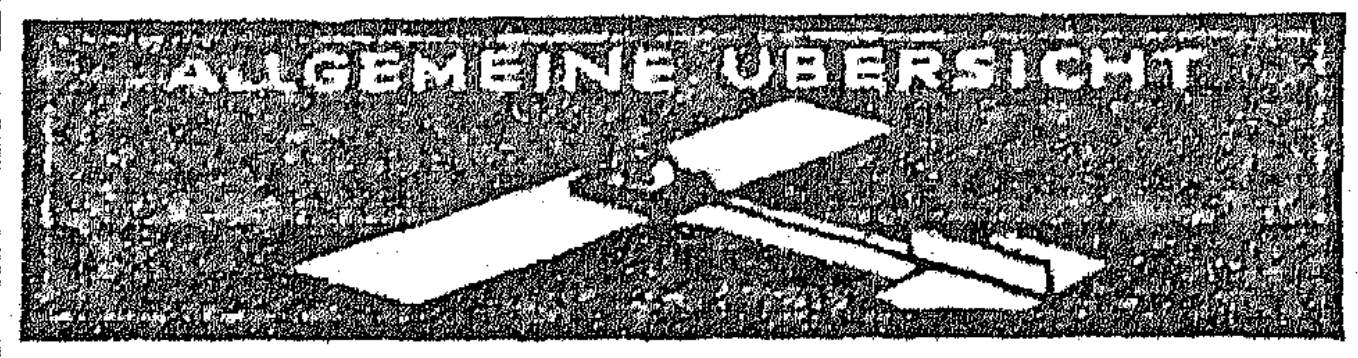
Gesamt-Einnahme	4167,78 Mk.
Gesamt-Ausgabe	3854,77
Rassenbestand	313,01 Mk.

An Unterstützungen wurden ausgezahlt:

Arbeitslosenunterstützung	358,44 Mk.
Krankunterstützung	755,76
Streitunterstützung	233,18
Gemäßregelungenunterstützung	27,50
Beerdigungsbeihilfe	90,—
Summa:	1464,88 Mk.

Die Versammlung erteilte dem Kassierer Entlastung. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden, mitzuarbeiten an unserem großen Befreiungswerke, wurde die Versammlung geschlossen.

Zwickau i. S. In der Generalversammlung am 28. Januar wurde der Jahresbericht gegeben. Es wurden 40 Versammlungen und Sitzungen abgehalten und die Mitgliederzahl stieg um 51 Mann. Nach Bekanntgabe des Jahresberichts wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In die Verwaltung wurden delegiert: Holländer, Bev., Krüger, Kassierer; Georgi Schriftführer; Heusel und Lahr, Beisitzer; Weibel und Beck Revisoren. Nach einer Aussprache über Lohnverhältnisse und Arbeitszeiten am Dreie trat Schluß der Versammlung ein.



Berlin. Bericht über den Arbeitsnachweis der Berliner Verwaltung für das 4. Quartal 1911.

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für fest u. Aushilfe)	Befetzte Stellen (für fest u. Aushilfe)
Landdiener u. Packer	1229	2287
Kutscher u. Mitfahrer	632	251
Speidit. u. Lagerarb.	1565	193
Weinfelderarbeiter	44	6
Winterkassierer	19	7
Leitgerüstbauer	55	1
Fensterreiniger	294	203
Kraftwagenführer	180	130
Laufen. Arbeitsbursch.	869	780
Arbeiterinn. Packerinn.	33	38
Summe	5025	2338
Arbeitslos blieben am Schluß des 4. Quartals	842	5148

Arbeitslos blieben am Schluß des 4. Quartals 842 Kollegen, 1472 unterstützungsberechtigte arbeitslose Kollegen erhielten für 27 065 Tage 55 850,65 Mk. Arbeitslosenunterstützung.

46 Jugendliche Kollegen erhielten für 601 Tage 709,90 Mk. 12 weibliche Mitglieder erhielten für 281 Tage 122,— Mk. Insgesamt wurden an 1530 Kollegen und Kolleginnen für 27 897 Tage = 56 682,55 Mk. ausgezahlt. An 70 auf der Durchreise befindliche Kollegen wurden 104,15 Mk. Reiseunterstützung gezahlt. Zugereist sind 142 Kollegen. Abgereist sind 106 Kollegen.

Stuttgart = Göttingen. Ein sonderbarer Raub! Unser ehemaliges Mitglied M. Rapp schickte uns dieser Tage seine Austrittserklärung. In derselben steht folgender köstliche Satz, den wir dem Wunsche des Kollegen Rapp entsprechend, durch unser Verbandsorgan den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis bringen.

„Weil ich als Katholik keinem Verbandsangehörigen angehören kann, in welchem durch dessen Journalistisches Organ, dem „Courier“, unsere Kirche bez. deren Oberhaupt fortwährend beleidigt wird. Vergl. Artikel Nr. 52 und 2 dieser Zeitung.“

Beim Lesen dieser Begründung des Austritts erinnert man sich unwillkürlich an das Bibelwort: „Selig sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelreich.“

Was hat nun unser Redakteur, dieser Sünder und Schmähler, der heiligen katholischen Kirche und seines „unfehlbaren“ Oberhauptes und der katholischen „Ueberzeugung“ des Kollegen M. Rapp in Nr. 52 und 2 des „Courier“ verbrochen. Sehen wir uns die beiden Artikel etwas näher an. Im ersten beschäftigte er sich mit der Tatsache, daß die Italiener die Türken und Araber meuchlings überfallen haben, ihre Kinder, Frauen und Greise wie wilde Bestien niedermetzeln und daß der Papst, das Oberhaupt der katholischen Kirche, die italienischen Waffen zur blutigen Ernte segnete. Er stellte fest, daß der Papst zu Gott flehte, daß den Italienern ihr Rauben und Morden in Tripolis gelingen möge, während tausende armer Volksgenossen an dem Tage, wo der Papst unter Aufwendung eines ungeheuren kirchlichen Pompes sein Gloria in excelsis des sang, in Lumpen gehüllt, hungrig und frierend wie Tiere, ja unter dem Tier dahin vegetieren mußten. Er wollte sagen, gebet erst den Armen im eigenen Lande Brot, bevor ihr euch ansieht, im Namen der Zivilisation andere Völker zu morden und zu unterjochen. Bei uns sieht es nicht besser aus; auch bei uns ist es die Partei des Papstes, die täglich in tausenden Kirchen betet: „Gib uns unser tägliches Brot“, die aber eben dieses Brot dem Volke durch Bölle und indirekte Steuern schamlos verteuert hat. Nicht gegen die Religion richtete sich der Artikel, sondern gegen deren Vertreter für die die Kirche weiter nichts ist, als eine Organisation, mit deren Hilfe sie alle Gewalt und Macht an sich reißen wollen. Nicht vorwärts, sondern zurück ins Mittelalter will man uns führen, wo man auf Befehl des Papstes und der Kirche jeden Verklünder der Freiheit rädern und verurteilen konnte.

Wie steht es nun mit dem zweiten Artikel. Er gibt einen Einblick in die Quertreibereien, die die hohen und höchsten Würdenträger der katholischen Kirche unter sich veranstalten und die kümmerliche Existenz der christlichen Gewerkschaften entgeltlich zu befechtigen. Jeder Zusammenschluß der Arbeiter ist ihnen ein Greuel, selbst wenn dies unter christlicher Flagge geschieht. Ihr Wahlspruch ist dem Arbeiter gegenüber: „Wer knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Gegen eine so finstere, durch und durch arbeiterfeindliche Macht anzukämpfen, ist eine vornehme Pflicht, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei so denkfähige Geister wie ein M. Rapp daran Anstoß nehmen, der offenbar zu denen gehört, von denen das Sprichwort sagt, daß sie nicht alle werden.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Verloren gegangen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Joseph Samermüller, Spt.-Nr. 46 183, eingetr. 20. 8. 10; Emanuel Meyer, Spt.-Nr. 36 614, eingetr. 9. 4. 10; Dittorapheidi, Spt.-Nr. 49 808, eingetr. 17. 10. 10; Emil Schmidt, Spt.-Nr. 57 928, eingetr. 11. 9. 1911; Gerhard Sievers, Spt.-Nr. 3897, eingetr. 26. 7. 03; Franz Solthof, Spt.-Nr. 49 571, eingetr. 2. 10. 10; Alfred Tschorsch, Spt.-Nr. 57 765, eingetr. 21. 9. 11.

In Nürnberg: Wilhelm Gurt, Spt.-Nr. 191 475, eingetr. 6. 5. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß
Der Verbandsvorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kasper, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Für die Mitgliedschaft Winienschiffer und Flößer suchen wir zum 1. April drei Angestellte mit dem Sitz in Bromberg, Magdeburg und Berlin.

Der Beamte für Bromberg muß befähigt sein, die Agitationsarbeit unter den Winienschiffen und Flößern des Nehe- und Warthegebietes zu betreiben und außerdem sich agitatorisch unter den Transportarbeitern Brombergs zu betätigen.

Die Beamten in Magdeburg und Berlin müssen zu Agitationsarbeiten unter den Winienschiffen und zu Verwaltungsarbeiten befähigt sein.

Die einzelnen Bewerber haben anzugeben, auf welchen Posten sie reflektieren.

Bewerber müssen seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich organisiert sein und die deutsche Sprache in Wort und Schrift vollständig beherrschen.

Die Offerten sind unter Schilderung der bisherigen Verbandstätigkeit unter Beifügung einer handschriftlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis zum 1. März d. J. an den unterzeichneten Vorstand einzureichen.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: D. Schumann.

Bekanntmachung.

Für den Gau 15, Sitz Frankfurt a. M., wird ein Hilfsbeamter gesucht, der besonders die Agitation unter den Straßenbahnern zu betreiben hat.

Bewerber müssen agitatorisch und organisatorisch gut befähigt sein, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen und auch zu Büroarbeiten verwendbar sein.

Handschriftliche Offerten sind unter Anfügung einer Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten und Schilderung der bisherigen Tätigkeit bis 3. März d. J. an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: D. Schumann.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um die in Nr. 50 des „Courier“ vom 10. Dezember vorigen Jahres ausgeschriebene Stelle eines Ortsbeamten für unsere Verwaltungsstelle in Frankfurt a. M. zur Kenntnis, daß dieser Posten besetzt ist.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Das Büro der Zahlstelle Solingen befindet sich Oststraße 42 und ist vormittags von 11—1 und nachmittags von 6—8 Uhr geöffnet. Unterstützungen werden nur Samstags von 11 bis 1 Uhr ausgezahlt.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Karl Millhahn, Lichtenberg. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.